

PROTOKOLL

**über die 28. ordentliche Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr
am Donnerstag, 19. September 2013, im Rathaus, 1. Stock hinten,**

Gemeinderatssitzungssaal.

Beginn der Sitzung: 14.00 Uhr

Anwesend:

BÜRGERMEISTER:

Gerald Hackl als Vorsitzender

VIZEBÜRGERMEISTER:

Walter Oppl

Wilhelm Hauser

STADTRÄTE:

Ingrid Weixlberger

Dr. Michael Schodermayr

Markus Spöck, MBA (ohne GR Mandat)

Dr. Helmut Zöttl

GEMEINDERÄTE:

Kurt Apfelthaler

Rudolf Blasi

Dr. Birgitta Braunsberger-Lechner

Roman Eichhübl

Ernst Esterle

Helga Feller-Höller

MMag. Michaela Frech

Monika Freimund

Mag. Wolfgang Glaser

Michaela Greinöcker

Rosa Hieß

Ing. Franz-Michael Hingerl

Josef Holzer

Thomas Kaliba

Mag. Reinhard Kaufmann

Mag. Gerhard Klausberger

Eva-Maria Leitner

Ing. Kurt Lindlgruber

Erika Loibl, MAS

Hans Payrleithner

Natascha Payrleithner

Birgit Schörkhuber

Rudolf Schröder

Mag. Erwin Schuster

Ursula Voglsam

VOM AMT:

Dr. Kurt Schmidl

Dr. Martina Kolar-Starzer

Dr. Manfred Hübsch

Mag. Helmut Lemmerer

Mag. Helmut Golda

Dr. Michael Chvatal

Thomas Schwingshackl

ENTSCHULDIGT:

Vbgm. Gunter Mayrhofer

GR Ing. Wolfgang Hack

GR Kurt-Werner Haslinger

GR Florian Schauer

GRⁱⁿ Silvia Thurner

PROTOKOLLFÜHRER:

Dr. Kurt Schmidl

Michaela Minixhofer

Die ordnungsgemäße Einladung erfolgte gemäß § 18 (1a) GOG

VERHANDLUNGSABLAUF:

- 1) ERÖFFNUNG DER SITZUNG FESTSTELLUNG DER ORDNUNGSGEMÄSSEN EINBERUFUNG, DER BESCHLUSSFÄHIGKEIT UND BEKANNTGABE DER PROTOKOLLPRÜFER

GR Thomas Kaliba
GRin Eva-Maria Leitner

- 2) BEANTWORTUNG VON ALLFÄLLIGEN ANFRAGEN
- 3) MITTEILUNGEN DES BÜRGERMEISTERS
- 4) AKTUELLE STUNDE
- 5) KENNTNISNAHME VON BESCHLÜSSEN DES STADTSENATES gem. § 54 Abs. 3 StS (Die Unterlagen wurden zu den jeweiligen Stadtsenatssitzungen an alle Gemeinderatsmitglieder zugestellt.)
- 6) VERHANDLUNGSGEGENSTÄNDE

INHALTSVERZEICHNIS:

1) BauStr-7/12	Abschluss einer neuen Vereinbarung mit der Quaderna Vermietung GmbH über den Umbau des Tabor- und Posthofknotens, die Errichtung einer neuen Verbindungsstraße zur Kaserngasse und die Erschließung des Kasernenareals.....11
2) ÖAG-13/08	Lingtos Holding GmbH; Gewährung einer Ratenzahlung für die 5. Kaufpreisrate17
3) BauH-129/10	Hangstabilisierung Roglwiese, Zurverfügungstellung eines Akontobetragtes für die notwendigen Baumaßnahmen.....18
4) Abfall-21/97	Gasbrunnenverlängerung auf der Reststoffdeponie der Stadt Steyr und Verlegung einer Wasserleitung für den Erhalt der biologischen Abbauprozesse.....21
5) SH-380/13	Aktion „Essen auf Rädern“; Ersatzbeschaffung für 4 Zustellfahrzeuge.....22
6) BauStrP-22/13 BauStr-2/13	Straßenneubau Mannlicherstraße im Bereich Zufahrt Almauer bis Moserstraße; Dringlichkeitsbeschluss.....32
7) BauH-129/10	Hangstabilisierung Roglwiese, Erweiterung des Auftrages zur Erarbeitung eines Ausführungsprojektes samt Ausschreibung und Bauüberwachung.....33
8) Fin- 142/13	Nachmittagsbetreuung in den Steyrer Volksschulen Tabor, Promenade/Berggasse, Resthof und Gleink im Rahmen der ganztägigen Schulform; Vergabe für die Schuljahre 2013/14 und 2014/15.....34
9) Fin-204/12	Ganztagsschule Steyr; Nachmittagsbetreuung; VS Promenade; nachträgliche Beschlussfassung.....35
10) K-60/13	Rettungsverdienstmedaille der Stadt Steyr; Verleihung an Mitarbeiter/innen des Roten Kreuzes 2013.....38

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

- | | |
|----------------|--|
| 1) BauStr-7/12 | Abschluss einer neuen Vereinbarung mit der Quaderna Vermietung GmbH über den Umbau des Tabor- und Posthofknotens, die Errichtung einer neuen Verbindungsstraße zur Kaserngasse und die Erschließung des Kasernenareals |
| 2) ÖAG-13/08 | Lingtos Holding GmbH; Gewährung einer Ratenzahlung für die 5. Kaufpreisrate. |
| 3) BauH-129/10 | Hangstabilisierung Roglwiese, Zurverfügungstellung eines Akontobetrages für die notwendigen Baumaßnahmen. |

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

- | | |
|-----------------|--|
| 4) Abfall-21/97 | Gasbrunnenverlängerung auf der Reststoffdeponie der Stadt Steyr und Verlegung einer Wasserleitung für den Erhalt der biologischen Abbauprozesse. |
|-----------------|--|

BERICHTERSTATTER STADTRAT DR. MICHAEL SCHODERMAYR:

- | | |
|--------------|---|
| 5) SH-380/13 | Aktion „Essen auf Rädern“; Ersatzbeschaffung für 4 Zustellfahrzeuge |
|--------------|---|

BERICHTERSTATTER STADTRAT MARKUS SPÖCK, MBA:

- | | |
|---------------------------------|---|
| 6) BauStrP-22/13
BauStr-2/13 | Straßenneubau Mannlicherstraße im Bereich Zufahrt Almauer bis Moserstraße; Dringlichkeitsbeschluss. |
| 7) BauH-129/10 | Hangstabilisierung Roglwiese, Erweiterung des Auftrages zur Erarbeitung eines Ausführungsprojektes samt Ausschreibung und Bauüberwachung. |

BERICHTERSTATTERIN STADTRÄTIN INGRID WEIXLBERGER:

- | | |
|----------------|--|
| 8) Fin- 142/13 | Nachmittagsbetreuung in den Steyrer Volksschulen Tabor, Promenade/Berggasse, Resthof und Gleink im Rahmen der ganztägigen Schulform; Vergabe für die Schuljahre 2013/14 und 2014/15. |
| 9) Fin-204/12 | Ganztagsschule Steyr; Nachmittagsbetreuung; VS Promenade; nachträgliche Beschlussfassung. |
| 10) K-60/13 | Rettungsverdienstmedaille der Stadt Steyr; Verleihung an Mitarbeiter/innen des Roten Kreuzes 2013. |

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Zu Pkt. 1) BEKANNTGABE DER PROTOKOLLPRÜFER:

Als Protokollprüfer wurden bestellt:

GR Thomas Kaliba
GRⁱⁿ Eva-Maria Leitner

ERÖFFNUNG DER SITZUNG:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Herr Magistratsdirektor. Ich darf Sie herzlich zur Gemeinderatssitzung begrüßen, begrüße vor allem auch unsere Gäste aus dem BRG Steyr. Schön, dass Sie da sind, tut uns leid, dass wir nicht genügend Sitzplätze haben. Es ist in historischen Gebäuden nicht so einfach, wir bekommen ja ab und zu Anregungen, die Gemeinderatssitzungen wo anders abzuhalten. Das Problem dabei ist, so einen Saal hat man selten, wir haben in 99,9 % der Fälle immer genug Platz, weil wir nicht so viele Zuhörer haben. Das ist der Hintergrund. Freuen uns aber sehr, dass Sie sich heute Zeit genommen haben. Damit es nicht zu lange wird, werden wir versuchen, die Tagesordnung möglichst schnell abzuwickeln und hoffen, Sie nehmen einen halbwegs guten Eindruck von dieser Gemeinderatssitzung mit nach Hause. Versprechen kann ich es nicht. Ich komme zu den Mitteilungen des Bürgermeisters.

Zu Pkt. 2) BEANTWORTUNG VON ALLFÄLLIGEN ANFRAGEN:

Liegen keine vor.

Zu Pkt. 3) MITTEILUNGEN DES BÜRGERMEISTERS:

Ich darf Ihnen zur Kenntnis bringen, dass die Grünen in Steyr bekannt gegeben haben, dass Frau Gemeinderätin Mag. Elisabeth Gruber über den bereits angezeigten Zeitraum bis 31. August 2013 hinaus nun bis 31. August 2014 an der Ausübung ihres Mandates verhindert sein wird und Frau Natascha Payrleithner berufenes Ersatzmitglied des Gemeinderates der Stadt Steyr bleiben soll und somit auch ist. Das zur Information.

Seniorenheim Tabor Neubau verläuft nach Plan. Wir sind super unterwegs, aber das wissen Sie ja aus den Medien und aus den Berichten und den Ausschüssen - 14 Mio. Euro wird dieser Neubau kosten.

Dass das Musikfestival ganz hervorragend gelaufen ist, haben Sie auch den Medien entnommen und waren ja zum Großteil selbst bei den Aufführungen dabei. Das was für mich so besonders erfreulich ist, dass der Verein Musikfestival, der dieses Festival ja seit 19 Jahren durchführt und im Endeffekt die letzten Jahre immer mit einem Minus zu kämpfen hatte Muss man sich einmal vorstellen, es veranstaltet ein Verein ein Musikfestival für die Stadt und die Region, natürlich auch mit Unterstützung von Sponsoren, aber die ersten Jahre mit Opernvorführungen waren nicht unbedingt so wirtschaftlich erfolgreich, so dass die Vereinsmitglieder persönlich haftet haben, für einen gar nicht unansehnlichen Betrag und mit dieser heurigen Saison, mit diesem erfolgreichen, ja mit dieser erfolgreichen Evita, haben sie ihre Schulden abdecken können. Das heißt, der Verein Musikfestival ist schuldenfrei und geht ins 20-Jahr-Jubiläum im Endeffekt mit einer schwarzen Null. Das ist sehr erfreulich. Freut mich vor allem auch für unsere Frau Tourismusedirektorin, die ja auch dort Mitglied ist, ehrenamtlich und auch persönlich haftet hat. Jetzt brauchen sie es nicht mehr tun und das ist schön so. Wir gehen davon aus, dass die Veranstaltungen in der Zukunft ebenfalls nicht nur kulturell sondern auch wirtschaftlich erfolgreich sein werden.

Kinderuni – 10 Jahre – nur ein Stichwort. Eine Erfolgsstory sondergleichen. Auch hier noch einmal ein großes Dankeschön an alle Sponsoren in der Wirtschaft, die hier maßgeblich dazu beitragen, dass das stattfinden kann, zusätzlich zur Stadt, die ja diese Kinderuni jährlich mit 12.000 Euro unterstützt. Ich möchte aber speziell die SKF und VOEST Alpine erwähnen und MAN, die hier große Beträge zuschießen, um so ein großes Event, Kinderuni Event, möglich zu machen.

Ein paar Einladungen möchte ich noch aussprechen. Samstag, 21. September, diesen Samstag, 08.00 bis 13.00 Uhr Mobilitätstag in Steyr mit Schnitzeljagd und Präsentation des neuen i3, des strombetriebenen kleinen BMW's. Erstpräsentation hier in Österreich, hier am Stadtplatz. Wer so ein Auto anschauen möchte, fahren kann man mit dem noch nicht, das kann man wahrscheinlich dann nur beim BMW-Händler. Aber anschauen kann man ihn sich. Wer schon vorhat, sich eine Wochen- oder Monatskarte zu kaufen für die Busse, für die Stadtbusse, der kann das an diesem Tag um 10 % ermäßigt tun.

Feuerwehrhaus Christkindl, auch das ist etwas, was Sie wissen. Wir haben uns darauf geeinigt und die Finanzierung sichergestellt, dass wir dieses neue Feuerwehr Zeughaus für Christkindl bauen können. Das Land Oberösterreich, im Speziellen das Gemeindereferat unter Josef Ackerl, unterstützt uns da kräftig. Jetzt können wir uns das, weil wir so sparsam sind in anderen Bereichen, auch leisten.

Und noch eine Einladung Italienischer Markt - 3. bis 5. Oktober - in der Fuzo. Auch das ist wieder ein Beweis, wie lebhaft und bunt das Marktgeschehen in unserer Stadt ist. Nehmen Sie und machen Sie davon Gebrauch. Von der Mortadella bis zu den Oliven, alles wird es geben. Italienisches Flair.

Von den positiven Nachrichten noch eine betrübliche. Das ist die Arbeitsmarktlage in unserem Bezirk. Ende August 2013 waren 3.262 Personen leider arbeitslos gemeldet. Gegenüber dem Vorjahr hat sich die Gesamtsumme der vorgemerkten Arbeitslosen um 17,46 % erhöht. Wir hoffen, dass das ein bisschen zurückgeht. Man hört ja, dass bei MAN zumindest wieder kurzfristig Leute aufgenommen werden sollen, man wird sehen, ob das tatsächlich so ist und in welcher Höhe. Aber wir hoffen, dass die Konjunktur gerade in der Konsumgüterindustrie dann anspringt. Gut, dann habe ich vergessen, weil ich mit der Begrüßung zu lange war, festzustellen, dass wir ordnungsgemäß eingeladen haben zu dieser Sitzung, dass wir beschlussfähig sind und dass als Protokollprüfer der Herr Gemeinderat Thomas Kaliba und die Frau Gemeinderätin Eva-Maria Leitner eingeteilt sind. Entschuldigt sind Herr Vizebürgermeister Gunter Mayrhofer, der Herr Gemeinderat Kurt Haslinger, der Herr Gemeinderat Ing. Wolfgang Hack, der Herr Gemeinderat Florian Schauer und die Frau Gemeinderätin Silvia Thurner. So - jetzt habe ich, glaube ich, nichts vergessen.

Zu Pkt. 4) AKTUELLE STUNDE

Aktuelle Stunde gibt es keine. Keine Themen eingebracht.

Zu Pkt. 5) KENNTNISNAHME VON BESCHLÜSSEN DES STADTSENATES gem. § 54 Abs. 3 StS

Ich ersuche Sie um Kenntnisnahme der Beschlüsse des Stadtsenates - sind aber auch keine vorhanden. Somit sind wir schon bei den Verhandlungsgegenständen.

Zu Pkt. 8) VERHANDLUNGSGEGENSTÄNDE:

Ich darf in die Tagesordnung eintreten und darf Ihnen mitteilen, dass mir zwei rechtzeitig eingebrachte Dringlichkeitsanträge vorliegen. Einer von den Grünen Steyr, der betrifft eine Änderung des § 39 Stadtstatutes – eine Erweiterung des Prüfungsauftrages des Kontrollamtes auf die Betriebe SBS, RHV und GWG. Der zweite betrifft die Resolution, die gemeinsam

von allen Parteien eingebrachte Resolution, zur Verbesserung der Personalsituation der Steyrer Polizei. Ich darf diese Dringlichkeitsanträge gleich am Anfang der Sitzung mal zur Abstimmung bringen bezüglich der Dringlichkeit. Ich beginne mit dem Antrag der Grünen.

VIZEBÜRGERMEISTER WALTER OPPL:

Jede Fraktion eine Wortmeldung.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Und darf zuerst fragen, wer den grünen Antrag zuerst begründet und dann hat jede Fraktion eine Wortmeldung.

**Präs-241/13 – Dringlichkeitsantrag der Grünen Gemeinderatsfraktion gem. § 7 GOG
– Änderung des § 39 StS: Erweiterung des Prüfungsauftrages des Kontrollamtes auf die Betriebe SBS, RHV, GWG.**

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren. Sie finden heute auf ihrem Platz einen Antrag, der schon geraume Zeit im Haus kolportiert worden ist. Bei diesem Antrag handelt es sich primär darum, dem Kontrollamt die Möglichkeit zu eröffnen, ein Millionenvermögen der Stadt, das sie in den ausgegliederten Betrieben gelagert hat, auch zu überprüfen. Wir haben in den ausgegliederten Betrieben bzw. in den Betrieben der Stadtwerke, der gemeinnützigen Wohnungsgesellschaft und, jetzt geht mir noch das Dritte ab

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Reinhalteverband.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Ach so, den Reinhalteverband. Wir haben zwar überall Aufsichtsräte und einen Ausschuss dort. Der Unterschied zwischen Ausschuss und einem Kontrollamt ist ein erheblicher. Nachdem das Kontrollamt sozusagen parteiisch unparteiisch und weisungsungebunden prüfen kann, so wie der Rechnungshof. Warum ist das so? Mir ist das ehrlich gesagt ein Rätsel, dass seit Jahrzehnten diese Betriebe nicht geprüft werden können – laut unserem Statut – obwohl das in vielen anderen Stadtstatuten, zum Beispiel in Linz, die über viel, viel mehr Betriebe verfügen, durchaus möglich ist. Also darum meine Bitte, diesem Dringlichkeitsantrag zuzustimmen. Die Dringlichkeit besteht darin, dass wir ungefähr seit einem halben Jahr.... Vor einem halben Jahr ist das Land Oberösterreich an sämtliche Statutarstädte herangetreten und hat gesagt, wie schaut es aus bei euch, wollt ihr irgendwelche Veränderungen in euren Stadtstatuten haben. Und ich habe genau aus diesem Grunde bereits ungefähr vor einem halben Jahr die Geschichte hier im Hause schon einmal gesagt. Gesagt habe ich es schön öfters, aber diese Bitte an Sie herangetragen. Und jetzt schließt sich so langsam der Kreis, ja. Das Land Oberösterreich wird sozusagen die Veränderungen, die aus den einzelnen Statutarstädten kommen, jetzt aufnehmen und je nach Lage den einzelnen Änderungswünschen zustimmen oder nicht. Das ist eben die Dringlichkeit. Ich glaube, dass das gut wäre, wenn wir das machen. Wir haben nichts zu verstecken und wir sollten an und für sich in Zeiten wie diesen die Möglichkeit eröffnen, dass wir über Millionenvermögen, das die Stadt besitzt, dass wir das Kontrollrecht des Gemeinderates als oberstes Organ der Stadt eröffnen. Weil der Gemeinderat sagt dann dem Kontrollausschuss, bitte überprüfe, ob die Gebarung rechtens ist. Beim Reinhalteverband ist das ein bisschen komplizierter, weil der Reinhalteverband, weil unser Anteil über 60 % ist in etwa und da könnten wir uns durchaus vorstellen, dass diese Kontrollmöglichkeit auch der Bezirkshauptmannschaft erteilt wird, aber das muss die Bezirkshauptmannschaft auch sagen, sie will das auch haben, diese Kontrollmöglichkeit. Ansonsten gibt es nur zwei Kontrollorgane im Reinhalteverband, das sind an und für sich Mitglieder, die halt hier aus dem Reinhalteverband kommen. Aber wenn wir dort mit 60% beteiligt sind, sollten wir zumindest diese 60 % seitens des Gemeinderates oder der Stadt Steyr kontrollieren dürfen. Dankeschön.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Danke. Gibt es eine Wortmeldung? Wer möchte beginnen. Bitte, Kollege Eichhübl.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates. Geschätztes Präsidium, sehr geehrte Gäste, wertere Vertreter der öffentlichen Medien. Ja, selbstverständlich haben wir von Seiten der Freiheitlichen Gemeinderatsfraktion Verständnis dafür, dass der Obmann des Kontrollausschusses sozusagen seinen Aktionsradius erweitern möchte. Wobei ich ihm ja durchaus auch zugestehe, dass das auch unseren Überlegungen entsprechen würde. Wir hätten sicherlich nichts dagegen, dass man auch die de facto ausgegliederten Betriebe der Stadt von Seiten des Kontrollamtes in Zukunft überprüft. Was allerdings ein bisschen eigenartig erscheint, ist der Zeitaufwand. Kollege Apfelthaler hat ja bereits darauf hingewiesen, dass er bereits vor einem halben Jahr diese Wünsche geäußert hat und jetzt schlussendlich der Zug bereits abgefahren ist. Sie selbst, Herr Apfelthaler, schreiben ja in ihrer Begründung dieses Antrages, dass sich diese Novelle bereits in Begutachtung befindet und wir haben auch am Montag in dieser Woche eine Fraktionsvorsitzendenbesprechung gehabt, wo Sie eigentlich auch die Gelegenheit gehabt hätten, mit allen anderen Gemeinderatsfraktionen Kontakt aufzunehmen (*unverständlicher Zwischenruf von Gemeinderat Apfelthaler*) und uns mitzuteilen, dass Sie jetzt in dieser Gemeinderatssitzung beabsichtigen, diesen Antrag einzubringen. Wäre zumindest angebracht gewesen. Ich habe daher ein Problem mit der Dringlichkeit und wir, von Seiten der Freiheitlichen Gemeinderatsfraktion, können daher der Dringlichkeit die Zustimmung nicht geben.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Danke, für das ÖVP Bürgerforum die Frau MMag. Frech. Bitte, Michaela.

GEMEINDERÄTIN MMAG. MICHAELA FRECH:

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, wertere Gäste, liebe Schülerinnen und Schüler. Ja, ich kann mich diesbezüglich dem Kollegen Eichhübl nur anschließen – ich erwarte mir in Zusammenhang mit politischer Zusammenarbeit – und da will ich jetzt gar nicht auf den Dringlichkeitsantrag eingehen, was die inhaltliche Komponente anbelangt – sondern ich stelle mir Zusammenarbeit so vor, wie es im zweiten Dringlichkeitsantrag der Fall ist, dass man sich am Montag, wie wir Fraktionsvorsitzendenkonferenz gehabt haben, wo alle Fraktionsvorsitzenden dabei sind und auch Stadträte etwas diskutieren und dann auch gemeinsam einen Antrag entwerfen, der ausgeschickt wird und den haben wir heute auch vorliegen als zweiten. Und da ist diskutiert worden und da haben wir Argumente austauschen können – für so eine Art von Zusammenarbeit bin ich. Was ich nicht nachvollziehen kann ist, dass jemand einen Dringlichkeitsantrag hier und heute einbringt, obwohl er am Montag dieser Woche noch die Möglichkeit gehabt hätte, dies zu tun. Da hätte man diskutieren können und wir hätten es auch zeitgerecht geschafft, Dinge einzubringen. Der Bürgermeister hat in der Sitzung unter Allfälligem sogar noch gefragt – gibt es noch einen Punkt? Es gab keinen mehr und es gab vor einer Woche ungefähr – am 9. September – eine Kontrollausschusssitzung. Auch da hätte der Vorsitzende des Kontrollausschusses – und das ist der Obmann Kurt Apfelthaler – sehr wohl auch sagen können, ich habe vor, einen Antrag im Gemeinderat diesbezüglich einzubringen. Das ist nicht geschehen. Da drängt sich mir schon ein bisschen der Verdacht auf, dass es nicht hier unbedingt um Inhalte geht, sondern Nationalratswahlen stehen vor Tür – nur so am Rande. Aber ich bin generell ein Verfechter....*diverse unverständliche Zwischenrufe* dass man nicht „management by surprise“ betreibt – nämlich zuerst zu handeln und dann zu denken, sondern unsere Fraktion hat den Anspruch, über etwas nachzudenken und dann zu entscheiden.

GEMEINDERAT KURT APFELHALTER:

Das ist schön.

GEMEINDERÄTIN MMAG. MICHAELA FRECH:

Und wir reden hier.....Kurt, darf ich ausreden... und wir reden hier immerhin um eine Statutenänderung. Und eine Statutenänderung – das hat Auswirkungen, das hat Konsequenzen, das muss man sich auch anschauen – wie ist die rechtliche Situation, was dürfen wir überhaupt prüfen. Wir haben auch wirtschaftliche Unternehmen, die sind eine GmbH – da gibt es ohnedies einen Aufsichtsrat und ich finde, man sollte über Inhalte diskutieren anhand von Fakten und nicht zwischen Tür und Angel so etwas wie eine Statutenänderung zu diskutieren. Das passt schlichtweg nicht und deshalb werden wir auch die Dringlichkeit nicht zuerkennen. Wir sind gerne bereit, über dieses Thema zu reden. Wir wären bereit gewesen im letzten Kontrollausschuss, wir wären bereit gewesen in der letzten Fraktionsvorsitzendenkonferenz und es gibt ohnedies demnächst wieder eine Fraktionsvorsitzendenkonferenz und dann, Kurt, denke ich mir, sollten wir das diskutieren.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Ich bedanke mich. Als nächster der Herr Vizebürgermeister Wilhelm Hauser. Bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Meine sehr geschätzten Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, wertige Gäste, geschätzte Presse. Bei uns ist die Lage ähnlich. Uns geht es nicht um das Thema. Das Thema an sich ist durchaus verständlich, wobei ich schon unterstreichen möchte, dass es nur in Linz diesen Statuteneinschub gibt...

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Den gibt es auch wo anders

VIZEBÜRGERMEISTER WALTER OPPL:

Wo?

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

In Wr. Neustadt, alle Städte in unserer Größe.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Um das geht es gar nicht. Es geht um die Statutarstädte und die sind in Oberösterreich drei Stück und das gibt es derzeit nur in Linz. Und das Zweite was ich schon anmerken möchte ist das man so tut, als dass es dort keine Kontrollen gäbe. Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Gäste. Es gibt Aufsichtsräte in der GWG und in den Stadtbetrieben. Es gibt Kontrollorgane im RHV, es gibt eine Wirtschaftsprüfung. Es bedarf also zuerst einer Bilanz und dann der Tätigkeit eines Wirtschaftsprüfers in der SBS und es gibt einen Revisionsverband bei der GWG. Es wird alles auf Herz und Nieren geprüft. Und man soll bitte nicht immer wieder versuchen, den Anschein zu erwecken, dass da irgend etwas passieren könnte, was man irgendwie verdunkeln, vertuschen oder sonst etwas müsste. Aber wir wehren uns nicht dagegen, das haben wir auch schon ein paarmal gesagt, dass zusätzlich kontrolliert wird. Aber auf der anderen Seite bin ich immer sehr skeptisch, dass unser Kontrollamt jetzt dann auch noch sozusagen aufgefordert wird, Wirtschaftsprüfer zu überprüfen. Also da hält sich unsere Begeisterung ein bisschen in Grenzen. Und in diesem Sinne werden auch wir nicht für die Dringlichkeit stimmen.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Die Stadt Steyr beantragt beim Amt der Oö. Landesregierung/Verfassungsdienst und beim Oö. Landtag folgende Änderung des Statutes für die Stadt Steyr:

Dem § 39 Abs.1 wird folgender zweiter Satz angefügt:

„Das Kontrollamt hat auch jene Institutionen (wirtschaftliche Unternehmungen, Vereine, kulturelle Einrichtungen usw.) nach den vorgenannten Grundsätzen zu überprüfen, an denen die Stadt beteiligt ist, soweit es der Umfang der Beteiligung zulässt, oder die sie fördert, soweit sich die Stadt die Kontrolle vorbehalten hat, oder die Institutionen mit einer Kontrolle einverstanden sind.“

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Gut. Bedanke mich, dann kommen wir zur Abstimmung über die Dringlichkeit des Antrages der Grünen. Wer diesem Antrag die Dringlichkeit zuerkennt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Wer ist gegen die Zuerkennung der Dringlichkeit. Somit wurde die Dringlichkeit nicht zuerkannt und der Tagesordnungspunkt kommt nicht in die Verhandlung, kann aber als Antrag natürlich bei der nächsten Gemeinderatssitzung rechtzeitig eingebracht werden.

Die Abstimmung über die Dringlichkeit des Antrages erfolgte per Handzeichen.
Die Dringlichkeit wurde wie folgt **abgelehnt**.

Anwesende Gemeinderäte: **31**

Zustimmung: **3**

GRÜNE 3 – (GR Kurt Apfelthaler, GR Mag. Reinhard Kaufmann, GRⁱⁿ Natascha Payrleithner)

Ablehnung: **28**

SPÖ 17 – (Bgm. Gerald Hackl, Vbgm. Walter Oppl, Vbgm. Wilhelm Hauser, StR Dr. Michael Schodermayr, StRⁱⁿ Ingrid Weixlberger, GR Rudolf Blasi, GR Ernst Esterle, GRⁱⁿ Helga Feller-Höller, GRⁱⁿ Monika Freimund, GRⁱⁿ Rosa Hieß, GR Ing. Franz-Michael Hingerl, GR Thomas Kaliba, GR Mag. Gerhard Klausberger, GRⁱⁿ Erika Loibl MAS, GRⁱⁿ Birgit Schörkhuber, GR Rudolf Schröder, GR Mag. Erwin Schuster)

WB ÖVP-Bürgerforum Steyr 5 – (GRⁱⁿ Dr. Brigitta Braunsberger-Lechner, GRⁱⁿ MMag. Michaela Frech, GR Mag. Wolfgang Glaser, GRⁱⁿ Eva-Maria Leitner; GRⁱⁿ Ursula Voglsam)

FPÖ 6 – (StR Dr. Helmut Zöttl; GR Roman Eichhübl; GRⁱⁿ Michaela Greinöcker; GR Josef Holzer; GR Ing. Kurt Lindgruber; GR Hans Payrleithner)

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Wir kommen zum zweiten Dringlichkeitsantrag, der von allen Gemeinderatsfraktionen gemeinsam eingebracht wurde. Und zwar die Resolution zur Verbesserung der Personalsituation des Steyrer Stadtpolizeikommandos.

Dringlichkeitsantrag gem. § 7 GOG – Resolution zur Verbesserung der Personalsituation des Steyrer Stadtpolizeikommandos

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Ich darf vielleicht von dieser Stelle aus das ein bisschen begründen. Nur ganz kurz. Wir haben ja leider auch in unserer Stadt immer zu kämpfen mit Vandalenakten. Speziell in den Nachtstunden Freitag-Samstag, Samstag-Sonntag. Brennpunkt ab und zu Pfarrgasse. Wir

sind der Meinung, dass mehr Polizei auf Streife gehen soll. Wir haben Informationen überprüft und Fakten, dass das Stadtpolizeikommando personell deutlich unterbesetzt ist. Es fehlen 17 bis 18 Planstellen, diese sind nicht besetzt, weil die Beamten oder die Bediensteten wo anderes zugeteilt sind. Wir fordern im Endeffekt, so wie viele andere Städte das auch tun, mehr Sicherheitskräfte in den Städten um im Endeffekt dieser Aufgabe auch gerecht werden zu können. In dem wir aber wissen - und wir wissen auch - dass diese zusätzlichen Polizisten nicht hergezaubert werden können sondern, dass das dauern wird, wir fordern gleichzeitig von der Landespolizeidirektion, dass die Überstundenkontingente, die in Steyr verbraucht werden, um am Wochenende verstärkt Streife zu gehen, garantiert werden und zur Verfügung gestellt werden. Das nicht dann unsere Stadtpolizisten im Endeffekt sich rechtfertigen müssen, wenn sie zu viele Überstunden machen. Das ist der Grund und aus diesem Grund ist die Dringlichkeit gegeben, weil das wirklich im Endeffekt eine permanente Geschichte ist und je früher da etwas passiert, umso besser. Jede Fraktion hat dazu eine Wortmeldung. Wünscht jemand noch das Wort? (*Unverständlich Gemeinderat Apfelthaler*). Das ist nicht der Fall.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Du hast ihn zwar unterschrieben, aber.....

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Wer diesem Antrag die Dringlichkeit zuerkennt, aber ich darf gleich dazu sagen und ersuchen, dass wir nach der alten Gepflogenheit vorgehen und dann diesen Dringlichkeitsantrag am Ende der Tagesordnung in Behandlung nehmen, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Ist jemand gegen die Zuerkennung der Dringlichkeit. Das ist nicht der Fall.

Die Abstimmung über die Dringlichkeit der Resolution erfolgte per Handzeichen.
Der Antrag wurde **einstimmig** angenommen.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Somit wird der Antrag am Ende der Tagesordnung in Behandlung genommen. Ich bedanke mich. Wir gehen in der Tagesordnung weiter und ich gebe dazu den Vorsitz an den Herrn Vizebürgermeister Walter Oppl ab.

VIZEBÜRGERMEISTER WALTER OPPL:

Danke, ich übernehme den Vorsitz und ersuche unseren Bürgermeister um die Berichterstattung seiner Tagesordnungspunkte.

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

- 1) BauStr-7/12 Abschluss einer neuen Vereinbarung mit der Quaderna Vermietung GmbH über den Umbau des Tabor- und Posthofknotens, die Errichtung einer neuen Verbindungsstraße zur Kaserngasse und die Erschließung des Kasernenareals**

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

In meinem ersten Tagesordnungspunkt geht es um ein Vertragskonvolut von beachtlicher Größe. Wie Sie wissen, sind wir ja gerade dabei, am Tabor/Posthofknoten eine große Doppelkreuzung zu bauen, dazu benötigen wir auch eine Verbindungsstraße in das Kasernenareal hinein, wenn die Posthofstraße dann im Endeffekt am Ende dieser Kreuzungslösung eine Sackgasse werden soll. Die Eigentümer dieses großen Areals in etwa von 60.000 m² sind mit der Stadt schon länger in Verhandlung. Wir haben schon eine vertragliche Vereinbarung gehabt, wer denn diese Aufschließungsstraße bauen und bezahlen soll. Diese Verhandlungen und dieser Vertrag, der Beschluss, den wir schon gehabt haben, basiert auf dem alten Konzept, das aber bei der Raumplanungsbehörde des Landes keine Zustimmung

fand. Es haben die Investoren neu geplant, dort oben auf diesem Areal. Haben gesagt, wir bauen ein Einkaufszentrum, die Verbindungsstraße, neben der Verbindungsstraße eine Hochgarage und im dritten Teil liegt die Rooseveltstraße, wenn man sich das gedanklich vor Augen führt, dann Wohnbau. Und mit diesem Konzept sind sie wieder in den Gestaltungsbeirat gegangen. Die Stadt und der Gestaltungsbeirat haben das für gut befunden. Jetzt liegt es wieder beim Land zur endgültigen Genehmigung. Die Stadt Steyr hat sich dazu verpflichtet, die dafür nötigen Umwidmungen auch zu beantragen. Das sind im speziellen im Mittelteil dieses Areals Kerngebietswidmung und Richtung Rooseveltstraße Wohnbaugebietswidmung. In diesem Vertrag wird somit festgehalten, wenn die Stadt diese Umwidmungen beantragt - und das haben wir in der Zwischenzeit schon getan - dann übernimmt der Investor auch den Bau der Straße und zwar zu zwei Drittel der Kosten und ein Drittel ist von der Stadt zu bezahlen. Das ist im Wesentlichen der Punkt in dieser Vereinbarung. Es ist die Verpflichtung der Stadt, für diese Umwidmungen - auch falls sie, was wir alle nicht hoffen, weil das wird schon sehr, sehr lange vom Land aus irgendwelchen Gründen abgelehnt würden, zumindest alle rechtlichen Schritte zu unternehmen, die nötig sind, um diese Widmungen auch durchzusetzen. Neu in diesem Vertragskonvolut im Vergleich zum ersten Beschluss ist, dass wir den Wohngebietsgewidmeten Teil dieses Drittels Richtung Rooseveltstraße hin dem Investor auch gleich verkaufen werden und wollen. Wir haben mit 200 m² für Wohngebietswidmung einen, sage ich einmal, wirklich sehr, sehr guten Preis erzielt. Wir dokumentieren damit nicht nur mit der Widmung Wohngebiet sondern auch mit dem Verkauf, dass dort Wohngebiet entstehen soll – hochwertiges -, in dieser ja doch sehr parkähnlichen Anlage. Passt auch gut. Das ist im Wesentlichen der Teil dieses Vertragskonvolutes und ich ersuche um Beschlussfassung.

VIZEBÜRGERMEISTER WALTER OPPL:

Danke Herr Bürgermeister. Gibt es zu diesem Antrag eine Wortmeldung? Kollege Spöck, bitte.

STADTRAT MARKUS SPÖCK, MBA:

Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates. Liebe Gäste, werte Vertreter der Medien. Warum kommen wir heute zu diesem Antrag? Es geht natürlich darum, dass der Taborknoten gewisse Auswirkungen hat. Wir wissen, dass wir aufgrund des neuen Umbaus des Taborknotens eine neue Anbindungsstraße in den alten Tabor brauchen, sprich die Posthofstraße wird vom Verkehr abgetrennt, wird zu einer Sackgasse geführt und die neue Aufschließungsstraße zwischen Taborknoten oder Posthofknoten und der Sporthalle wird neu gebaut. Wenn das der Antrag gewesen wäre, dann hätten wir natürlich diesem Antrag auch zugestimmt. Auch mit dieser Lösung zwei Drittel zahlt die Quaderna, ein Drittel zahlt die Stadt, was grundsätzlich ja eine gute Vereinbarung gewesen wäre. Warum wir dennoch dem Antrag nicht zustimmen können ist, weil einige Punkte ungeklärt sind. Es geht nicht nur um die Aufschließungsstraße, so wie es eigentlich in der Überschrift des Antrages steht, sondern es geht auch um die Zusage der Bauplatzwidmung und der Flächenwidmung und da möchte ich schon dazu sagen, wir haben noch keine Entscheidung des Landes Oberösterreichs bekommen und insofern werden wir dem aus heutiger Sicht noch nicht zustimmen, obwohl wir für das Grundsatzthema dieses Antrages, also dem Bau dieser Straße, die Zustimmung erteilt hätten. (*Unverständlicher Zwischenruf von GR Eichhübl*). Habe ich ja gerade erklärt, Herr Eichhübl.

VIZEBÜRGERMEISTER WALTER OPPL:

Danke. Weitere Wortmeldungen? Kollege Hauser, bitte Willi.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Meine sehr geschätzten Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Gäste. Also ein bisschen kommt mir das vor, als wie wenn man zu jemanden geht und sagt, schenk mir einen warmen Eislutscher. Denn man muss natürlich schon sehen - hier zahlt ein Konsortium, eine Firma, ein Privater, wie immer man das sehen möchte - stellt uns den Grund zur Verfügung, zahlt zwei Drittel der Straßen und wir bezahlen ein Drittel der Straße. Wir kriegen

dort eine Verkehrsanbindung wie wir sie benötigen, aber er darf natürlich keine Forderungen stellen. Die Forderung hat lediglich gelautet... und da muss man schon auch ganz fair sein - und Markus, du weißt das ganz genau... In dem Vertrag ist nichts anderes fixiert worden, als dass wir der Umwidmung dieses Bauplatzes zustimmen und wir diese Anträge dementsprechend einbringen. Es gibt keine Verpflichtung, dass das Land da zustimmt. Das Land kann das beurteilen und wird das beurteilen, so wie es gehört. Aber von vornherein zu sagen, dass man deswegen einen Straßenbau ablehnt, den wir dringend dort brauchen wo wir genau wissen, dass es gar nicht anders geht, weil das Grundstück dort auch nicht anders erschlossen werden kann und die Belastungen dort oben am Tabor groß genug waren aufgrund des Verkehrs bisher. Wenn man jetzt sozusagen eine Lösung herbeiführt, wo ja nicht nur - wie immer fälschlicherweise gesagt wird - es um ein Geschäft geht, das dort errichtet werden soll, sondern auch um Wohnraum, der dort zusätzlich entstehen soll und dass das dementsprechend natürlich aufgeschlossen wird, kann man nicht so tun, als ob man das Eine zwar gerne bekommen, aber dafür nichts hergeben möchte. Und so funktioniert, das nicht; gerade in deinem Bereich, wo du jetzt aus der Bank kommst, weiß man das ganz genau. Ich kann mir bei dir auch kein Geld ausborgen und du sagst, aber ich schenke es dir eh. So funktioniert die Welt nicht und das solltest du wissen und das sollten viele, die hier herinnen Entscheidungen fällen, auch wissen. Letztlich ist es auch so, dass es natürlich auch Angebote geben muss, um einen vernünftigen und fairen Ausgleich zu finden, wie diese Dinge funktionieren. Und man muss schon dazu sagen, die Firma Quaderna, die diese Vorgangsweise hier angeboten hat, hat in Wirklichkeit ein riesiges Risiko bei der ganzen Geschichte. Weil wenn das Land womöglich der ganzen Angelegenheit, die wir jetzt sozusagen eingeleitet und beschlossen haben, nicht zustimmt, dann haben die eine Straße gebaut, wir haben unsere Vertragsmodalitäten eingehalten und die haben das trotzdem nicht. Und daher denke ich mir, das Risiko für die Stadt ist extrem gering in dieser Angelegenheit. Wir haben genau das getan, wozu wir uns verpflichten und die anderen werden hoffentlich auch das tun, wofür sie berufen sind. Und daher glaube ich, hier einfach die Zustimmung zu verweigern, zu dem, wofür die Stadt zuständig ist, das halte ich nicht für okay.

VIZEBÜRGERMEISTER WALTER OPPL:

Danke. Vielleicht nur eine kurze Ergänzung zum Kollegen Hauser, was er gesagt hat, hergeben wollen wir nichts ... wir geben auch überhaupt nichts her. Im Gegensatz zum ersten Konzept ist das jetzt ein Gesamtkonzept der gesamten Fläche. Am Anfang haben wir immer nur über die Fläche des Einkaufszentrums diskutiert und dann haben wir gesagt, schauen wir, wie sich das Ganze entwickelt. Jetzt mit der neuen Situation haben wir ein gesamstädttebauliches Konzept mit Wohnbau - mit qualitativem Wohnbau - und ich denke mir, das wollte ich nur noch einmal in dieser ganzen Diskussion unterstreichen. Aber zu Wort gemeldet sind der Herr Kollege Kaufmann und dann der Herr Kollege Hingerl. Bitte.

GEMEINDERAT MAG. REINHARD KAUFMANN:

Ja, danke schön. Geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates und werte Gäste. Es freut mich besonders, dass eine Schulklasse hier heute anwesend ist. Man hat ja sonst manchmal das Gefühl, man redet schon hier, aber ob einem wirklich jemand zuhört und ob es einen Einfluss hat, auf Entscheidungen, das sei dahingestellt. Durch die Zuhörer von Außen kann man zumindest hoffen, dass vielleicht das eine oder andere mitgenommen wird, dass im Gemeinderat nicht nur vorbereitete Entscheidungen irgendwie abgearbeitet werden sondern, dass es hier tatsächlich Diskussionen gibt. Ich hoffe, die Schülerinnen und Schüler können so Etwas mitnehmen. Aber zum Thema - ja, mir kommen ein paar Dinge zu kurz, die ich da ein bisschen ausführen möchte in diesem Zusammenhang und die auch wichtig sind. Es gibt vieles abzuwägen bei einem so großen Projekt. Es gibt ja durchaus auch Kritik daran. Es ist nicht alles absurd, was da kritisiert wird, aber in einer Gesamtabwägung muss man zu einer Entscheidung kommen und da ist meine Entscheidung letztendlich dann für dieses Projekt zu sein, so wie es hier vorgeschlagen wird, und was heute auch hier zu beschließen sein wird. Ich beginne einmal mit der Nutzung. Es handelt sich hier um ein Areal, das städtebaulich von höchster Bedeutung ist für Steyr. Wenn man als Gebietsentwickler oder Städtebauer sich das anschaut, dann springt das sofort ins Auge, dass das

genutzt werden muss – dieses Gebiet. Und zu einer Nutzung gehört aber dazu, dass die wirtschaftlich darstellbar ist. Man kann sich natürlich vieles wünschen, etwa das dort nur Wohnbau stattfinden soll oder das vielleicht eine Parkanlage auch ganz schön wäre oder Ähnliches, aber das ist halt wirtschaftlich nicht darstellbar und wir müssen uns hier schon auch nach dem einigermaßen richten, was von Investoren her auch getragen werden kann. Und da war für mich die Diskussion im Gestaltungsbeirat auch sehr wichtig, wo ja das Projekt nicht beim ersten Mal akzeptiert wurde und vorher städtebauliche Vorgaben gegeben wurden, die vom letzten Projekt her im Wesentlichen erfüllt wurden und das auch im Architektonischen sehr interessant sein wird, auch wenn es auf das erste Mal ein sehr großes Ding ist, das dort oben hin kommen wird. Aber wir haben uns auch schon an andere große Dinge, die nicht so qualitativ gestaltet sind, gewöhnt – oder auch nicht gewöhnt. Ja, ein ganz wichtiger Punkt ist in unserem bei der Stadtentwicklung reden wir ja auch immer davon das wünschenswert ist, diese Stadtteilzentren zu entwickeln und da fehlt am Tabor so ein Zentrum. Der Tabor braucht städtebaulich einen Bereich, wo man sich treffen kann, wo man sich identifizieren kann, wo die Bewohnerinnen und Bewohner des Tabors das Gefühl haben, ja das ist unser Hauptplatz – wie immer man das nennt. Und hier gibt es eben jetzt den Vorschlag, dass man im Zusammenhang mit dem Vorplatz der Stadthalle einen Riss durch dieses Einkaufszentrum im Zusammenhang mit der Garage plant der, wenn es gut gemacht wird – das ist noch nicht endgültig ausgemacht und gesichert, aber dafür gilt es sich einzusetzen – wenn das gut gemacht wird dann könnten wir hier wirklich so ein attraktives Stadtteilzentrum, wo die Bewohnerinnen und Bewohner gerne hingehen, dort erreichen. Und das wäre wirklich ein riesiger Gewinn für Steyr-Nord sozusagen, wenn wir das schaffen könnten. Das ist sozusagen der Zusatznutzen eines in erster Linie von einem Investor natürlich wirtschaftlich gedachten Projektes. Und wenn es hier gelingt, auch verkehrsmäßig Akzente zu setzen... Was mir an einem Einkaufszentrum in diesem Bereich positiv auffällt ist, dass ein Einkaufszentrum wieder zurückgeholt wird ins Stadtgebiet. Es war ja Jahrzehnte üblich, Einkaufszentren irgendwo auf der grünen Wiese draußen zu bauen, wo man ohne Auto keine Chance hatte, hinzukommen. Und hier können wir verbinden ein Einkaufszentrum mit Nahversorgerfunktionen einerseits und andererseits mit der Möglichkeit, dort auch ohne Auto hinzukommen als Stadtbewohner. Natürlich wird es überregionale Effekte geben, da kommen schon zusätzliche Autos dazu, da geht es dann auch darum, was können wir anbieten - den Nutzern dieses Einkaufszentrums um so selten wie möglich, das Auto zu benutzen. Es ist mir völlig klar, das ist auch aus grüner Position nicht abzustreiten, manche Einkäufe gehen nicht ohne Auto, aber manche schon. Dort müssen dementsprechende Angebote auch geschaffen werden, etwa eine gute Anbindung der öffentlichen Verkehrsmittel oder gute Radwege, die dorthin führen, um das zu ermöglichen. Die Heiterkeit ist hoffentlich als Zustimmung*(Gelächter und unverständliche Zwischenrufe)* Ja, eine Möglichkeit auch in Zusammenhang mit diesem Stadtteilzentrum ist es, hier nicht einfach eine Straße durchzubauen im klassischen Sinn und daneben halt Gehsteige zu haben, sondern etwa im Sinne eines „Shared Space“, der in manchen Städten ja schon sehr gut funktioniert, der eine bessere Ausgewogenheit zwischen den verschiedenen Verkehrsteilnehmern und – teilnehmerinnen zu ermöglichen. Ja, in diesem Sinne freuen wir uns über dieses Projekt und können dem zustimmen. Dankeschön.

VIZEBÜRGERMEISTER WALTER OPPL:

Danke sehr. Michael (Hingerl) bitte.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Also wenn jemand jetzt kurz rasten möchte (gerichtet an die anwesenden Schüler).

VIZEBÜRGERMEISTER WALTER OPPL:

Ich habe die leeren Sessel zuerst schon gezählt. Es geht sich leider nicht aus, dass alle sitzen können. Wir hätten kein Problem, dass sich neben uns wer hersetzt.

GEMEINDERAT ING. FRANZ-MICHAEL HINGERL:

Sehr geehrtes Präsidium, sehr verehrte Zuhörer, liebe Presse, liebe Volksvertreter. Es ist schön zu sehen, dass am Tabor etwas passiert, dass im geographischen Mittelpunkt von Steyr, das ist nämlich der Tabor, nun doch eine Öffnung stattfinden soll. Eine Öffnung, die einen jahrzehnte- ja – jahrhundertlangen Klotz im Zentrum und im geographischen Mittelpunkt von Steyr lösen soll. Das ist die Grundvoraussetzung für diesen Vertrag, das ist einer der Hauptpunkte und daher kann ich hier nur jeden im Gemeinderat ersuchen, dieser Sache zuzustimmen. In weiterer Folge ist der große Vorteil dieses Bereiches ebenfalls die Bevölkerung, die im letzten halben Jahr am Tabor wirklich sehr verkehrsgeplagt ist, einer Entlastung zuzuführen und wenn das möglich ist, bitte noch vor Weihnachten in diesem Jahr. Das heißt, dass die Verlängerung der Porschestraße, der Zusammenschluss Porschestraße mit der Kasernengasse, denn das Nadelöhr Posthofknoten, das Nadelöhr von der Blümelhuberstraße in die Posthofstraße, die derzeitige Notlösung, nämlich die Ampel, die natürlich zu Stau-bereichen führen wird, lösen wird. Wir haben dort einen großen, fast fertig gebauten Bereich. Ich kann daher nur jeden ersuchen, nochmals dringend ersuchen, diesem Vertrag zuzustimmen, dass es hier möglichst schnell zu einer Auflösung des Klotzes am Tabor, zu einer Öffnung dieses Bereiches für Fußgänger, für Radfahrer, für Autofahrer, für eine durchgängige Nord- und Südverbindung kommt, zuzustimmen. Eine Sache wollte ich noch ganz kurz sagen, natürlich hat das auch einen dritten Vorteil. Die Wege, die Fußwege, die am Tabor von der Volks- und Hauptschule von Taschelried zum Kindergarten auf der anderen Seite, der auch Taschelried heißt, aber ein bisschen wo anders liegt, sehr lange sind, werden natürlich durch eine baldige Öffnung dieses Bereiches verkürzt. Die Verkehrssicherheit wird verbessert – das wollte ich nur noch ganz im Zuge dieses Themas mit anschneiden.

VIZEBÜRGERMEISTER WALTER OPPL:

Danke. Zu Wort gemeldet ist die Kollegin Frech. Bitte Michaela.

GEMEINDERÄTIN MMAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, geschätzte Gäste und liebe Schülerinnen und Schüler. Ja, ich glaube sogar, ein wohlmeinender Deutschlehrer würde in diesem Fall sagen – Thema verfehlt. Auf der Tagesordnung steht, und das ist eigentlich der Fuchs an der Geschichte, wo wir als Fraktion hier nicht zustimmen können – Abschluss einer neuen Vereinbarung mit der Quaderna Vermietung GmbH über den Umbau des Taborknotens, die Errichtung einer neuen Verbindungsstraße zur Kasernengasse und die Erschließung des Kasernenareals. Das ist ein Punkt, der uns sehr wohl wichtig ist, das ist gar kein Thema. Wenn man sich aber diesen Vertrag durchliest, dann beschließen wir jetzt hier viel mehr und viel umfangreicher – und es geht weit, weit über die Straße hinaus – sondern wie ganz konkret die Vorgaben sein werden, die Bedingungen, unter denen dieses Einkaufszentrum sein wird. Ich nehme einen Punkt her – man verpflichtet sich, eine Mindestzahl von 575 Abstellflächen zu errichten. Jeder von uns weiß, dass wenn eine Mindestzahl in einem Vertrag steht, dann wird man nicht freiwillig mehr errichten. Man kann aber sicherlich davon ausgehen, dass man für eine Bebauung, die hier vorgesehen ist, mehr Abstellflächen brauchen wird. Das ist nur einer dieser Punkte. Es steht auch ganz genau da, wie viel an Flächen verbaut werden sollen für ein Fitnesscenter, Dienstleistungsbetriebe, etc. Es zeigt nur, dass der Inhalt des Vertrages in eine ganz andere Richtung geht. Ich kann nur davor warnen, solche Verträge abzuschließen, weil wir haben in der Vergangenheit sehr viel Probleme gehabt mit Verträgen, die wir beschlossen haben, wo wir guten Glaubens durchaus, ich möchte da meinen Vorgängerinnen und Vorgängern und auch den Anwesenden nichts unterstellen, etwas unterzeichnet haben, eine Vereinbarung getroffen haben, die uns dann schlichtweg sprichwörtlich auf den Kopf gefallen ist. Und wenn man das machen will – und wir sind ja sehr wohl für die Straße – dann kommt man mit den Raumordnungsverträgen, lieber Willi Hauser, sehr wohl aus, das weißt Du auch, und man muss nicht mit diesem Vertrag alles andere vereinbaren. Weil das sind Punkte wo wir uns für sehr, sehr lange Zeit auch verpflichten. Ich darf nur einen Punkt vorlesen. Alle vorstehend angeführten Verpflichtungen gelten auch für allfällige Rechtsnachfolger, jedoch befristet auf die Dauer von rund 50 Jahren. Na ja, ich glaube nicht, dass ich noch 50 Jahre überleben

werde, das glaube ich nicht. Das muss man sich einmal vorstellen, ein halbes Jahrhundert lang sind wir an das gebunden, was hier steht. Und das geht, wie gesagt, weit hinaus über die Straße. Straßenanbindung ja, aber diesem Vertrag mit dieser Komplexität, wo so viele Parameter vorgegeben sind, wo wir als Stadt möglicherweise nicht die Gewinner sind, sondern die Gewinner die Anderen sind, da bin ich nicht dafür, sondern, wenn man das macht, dann braucht man getrennte Verträge, dann stimmt man über getrennte Verträge ab, aber nicht in diesem Rahmen hier und heute und wie gesagt selbst ein wohlwollender Deutschlehrer würde hier sagen - Thema verfehlt.

VIZEBÜRGERMEISTER WALTER OPPL:

Danke. Man kann natürlich immer unterschiedlicher Auffassung sein von der Interpretation des Vertragstextes, aber was du gesagt hast, Michaela, mit den 50 Jahren das ist genau der Hintergrund, dass wenn alles umgesetzt ist, aus meiner Sicht - und da glaube ich, bin ich nicht alleine - wenn wir die Rechtssicherheit haben, dass diese Bestimmungen, die in diesem Vertrag enthalten sind, auch tatsächlich eingehalten werden, auch wenn eventuell die Quaderna sich auflöst und ein anderer Betreiber dann diese Liegenschaft veräußert und der dann daherkommt und sagt, das interessiert mich nicht und das interessiert mich nicht. Genau aus dem Grund, genau eine gegensätzliche Sichtweise von deiner Sichtweise (*unverständlicher Zwischenruf von Frau GRⁿ Frech*).... ein Teil und hätten wir alles hineingeschrieben in die Tagesordnung, dann hätten wir wahrscheinlich zehn Seiten nur für die Titulierung des Tagesordnungspunktes gebraucht. Frage – gibt es weitere Wortmeldungen zu diesem Thema? Das ist nicht der Fall. Herr Bürgermeister bitte ein Schlusswort.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Ja, ich will Sie nicht mehr lange aufhalten mit diesem Thema. Aber ich denke, es ist schon ein großer Schritt für die Stadt und alles was sie hier von unseren Juristen und in Verhandlung mit den anderen Teilen – Juristenteilen – vereinbart haben, hat lange gedauert. Die Juristen haben fast um jedes Wort gerungen, aber nicht deshalb, weil wir so human waren, sondern weil wir uns extrem absichern wollten und 80 % vom Text da drinnen heißt nur, was der Vertragspartner alles garantieren muss und dass er alles 50 und 100 Jahre garantieren muss, inklusive Pönalen und, und, und. Das ist genauso, wie der Kollege Oppl sagt, wir haben uns abgesichert, dass da nicht in zwei, drei Jahren eine andere Gesellschaft gegründet wird und die sagt, das interessiert uns nicht, was ihr damals abgeschlossen habt. Das ist der Hintergrund. Im Endeffekt fällt es auf das raus, wir beschließen hier eine Straße, die uns nur ein Drittel kostet, obwohl es die Hauptaufschließungsstraße sein wird. Wir bekennen uns zu einem Umwidmungskonzept oder zu Umwidmungen, die wir schon im Stadtsenat beantragt haben. Die basieren auf einem städtebaulichen Konzept, dass der Gestaltungsbeirat nicht nur als gut und in Ordnung befunden hat, sondern als ausgezeichnet klassifiziert hat. Wir haben dort oben ein großes Konzept in Umsetzung und das wird in den nächsten Jahren passieren, durch Private, genau das, was wir uns wünschen. Dass dort wieder Leben kommt, dass dort sich was bewegt und es nicht Jahrzehnte dauert, bis das da gebaut wird. Das sind 60.000 m² und man sieht jetzt schon, wie groß das Areal ist, obwohl dort die großen Bundesheerhäuser stehen. In Kürze werden diese Häuser flach gemacht und dann wird man sehen, wie groß das wirklich ist. Und das in den nächsten Jahren zu bebauen, mit Einkaufszentrum, mit Ladezonen, mit Dienstleistungsunternehmen, mit Hochgarage und daneben qualitätsvoller Wohnbau. Das ist eine gute Sache für die Stadt Steyr und wenn wir für diese gute Sache möglichst wenig zahlen müssen, dann soll es uns nur Recht sein und in diesem Sinne ersuche ich um Beschlussfassung.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des vorstehenden Amtsberichtes der Fachabteilung für Privatrechtsangelegenheiten vom 3.9.2013 wird der Abschluss einer neuen Vereinbarung zwischen der Stadt Steyr und der Firma Quaderna Vermietung GmbH über den Umbau des Tabor- und Posthofknotens sowie Anbindung des Kasernenareals Steyr einschließlich der Errichtung

einer Verbindungsstraße vom Posthofknoten zur Kaserngasse entsprechend dem beige-schlossenen Vertragesentwurf genehmigt.

VIZEBÜRGERMEISTER WALTER OPPL:

Danke. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für diesen Antrag ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Wer ist dagegen? Übt wer Stimmenthaltung? Das ist nicht der Fall. Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen.

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen.

Der Antrag wurde wie folgt **angenommen**.

Anwesende Gemeinderäte: **31**

Zustimmung: **26**

SPÖ 17 – (Bgm. Gerald Hackl, Vbgm. Walter Oppl, Vbgm. Wilhelm Hauser, StR Dr. Michael Schodermayr, StRⁱⁿ Ingrid Weixlberger, GR Rudolf Blasi, GR Ernst Esterle, GRⁱⁿ Helga Feller-Höller, GRⁱⁿ Monika Freimund, GRⁱⁿ Rosa Hieß, GR Ing. Franz-Michael Hingerl, GR Thomas Kaliba, GR Mag. Gerhard Klausberger, GRⁱⁿ Erika Loibl MAS, GRⁱⁿ Birgit Schörkhuber, GR Rudolf Schröder, GR Mag. Erwin Schuster)

FPÖ 6 – (StR Dr. Helmut Zöttl; GR Roman Eichhübl; GRⁱⁿ Michaela Greinöcker; GR Josef Holzer; GR Ing. Kurt Lindlgruber; GR Hans Payrleithner)

GRÜNE 3 – (GR Kurt Apfelthaler, GR Mag. Reinhard Kaufmann, GRⁱⁿ Natascha Payrleithner)

Ablehnung: **5**

WB ÖVP-Bürgerforum Steyr 5 – (GRⁱⁿ Dr. Brigitta Braunsberger-Lechner, GRⁱⁿ MMag. Michaela Frech, GR Mag. Wolfgang Glaser, GRⁱⁿ Eva-Maria Leitner; GRⁱⁿ Ursula Voglsam)

VIZEBÜRGERMEISTER WALTER OPPL:

Nächster Berichtspunkt bitte.

2) ÖAG-13/08

Lingtos Holding GmbH; Gewährung einer Ratenzahlung für die 5. Kaufpreisrate.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Ja, nächster Punkt ist das Ansuchen um Gewährung einer Ratenzahlung für die 5. Kaufpreisrate. Wir sollen diesem Antrag zustimmen – meiner Meinung nach, weil das Unternehmen im Endeffekt bisher alles bezahlt hat. Das Grundstück, das sie uns abgekauft haben wurde zum Großteil schon bezahlt und die letzte Kaufpreisrate soll in Teilen – in fünf Teilen – bezahlt werden. Wir haben diese Raten auch verzinst. Aus diesem Grund glaube ich, helfen wir dem Unternehmen und uns entsteht kein Nachteil. Ich ersuche um Beschlussfassung.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des vorstehenden Amtsberichtes der Fachabteilung für Privatrechtsangelegenheiten vom 3. September 2013 wird der Zahlung der fünften von der Lingtos Holding GmbH zu

zahlenden Kaufpreiskursrate in Höhe von € 129.000,-- in 10 gleichen Teilbeträgen von jeweils EUR 12.900,-- beginnend ab Juli 2013 unter der folgenden Bedingung zugestimmt:

Anstelle der im Kaufvertrag vereinbarten Verrechnung von Verzugszinsen tritt eine Verzinsung in Höhe des 6-Monats-Euribor zuzüglich 1,5 % Aufschlag, die seitens der Stadt in Rechnung gestellt wird. An der vereinbarten Wertsicherung des Kaufpreisteilbetrages und den übrigen Vertragsbedingungen tritt durch die Verzinsung keine Änderung ein.

VIZEBÜRGERMEISTER WALTER OPPL:

Danke. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Ist wer gegen diesen Antrag? Übt wer Stimmenthaltung? Auch nicht der Fall. Somit ist dieser Antrag einstimmig angenommen.

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen.
Der Antrag wurde **einstimmig** angenommen.

VIZEBÜRGERMEISTER WALTER OPPL:

Letzter Punkt bitte Herr Bürgermeister.

3) BauH-129/10

Hangstabilisierung Roglwiese, Zurverfügungstellung eines Akontobetrages für die notwendigen Baumaßnahmen.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Hier ein großer Problempunkt in unserer Stadt – der Rutschhang Roglwiese. Wir beschäftigen uns mit der Thematik schon seit mehr als einem Jahr. Große rechtliche Probleme, um hier den Bürgern Abhilfe und Schutz zu geben. Wir sind mittlerweile in einer Situation angelangt, die keinen Aufschub mehr duldet. Es war im Hause Adami dann noch ein Erdfall, wo ein Teil der Terrasse eingebrochen ist. Etwas, wo auch der Geologe sagt, das war nicht vorhersehbar. Für die Stadt war das das Startsignal zu sagen, hier ist Gefahr in Verzug. Wir sind als Kommune gefordert, zum Schutz von Leib und Leben sofort tätig zu werden. Die Sanierungsmaßnahmen für diesen Hang sind gigantisch. Man hat es ja ein bisschen verfolgen können, wie wir noch nicht betroffen waren, im Atterseegebiet in Unterach, wo der Hang zu rutschen begonnen hat und wo Millionenbeträge investiert werden müssen. Erst vor kurzem auch im Ennstal eine ähnliche Situation. Was den Rutschhang Roglwiese anbelangt, gibt es ja Gerichtsverfahren, die laufen schon längere Zeit. Es zeichnet sich schon ab, dass es sehr wohl einen Schuldigen gibt. Ich will da den Gerichten nicht vorgreifen. Man muss auch sehr vorsichtig sein bei solchen Dingen. Aber ich kann nur sagen, dass zumindest die Bautruppe ursächlich da Schuld daran war, dass der Hang ins Rutschen gekommen ist. Aber warum und wieso ist natürlich hier trotzdem wirklich interessant. Entscheidend ist, wie bringen wir es zustande, dass der Hang wieder zur Ruhe kommt. Wir haben ein Konzept ausarbeiten lassen, das mittlerweile erneuert und verbessert wurde. Dafür tritt die Stadt in Vorlage, das Konzept kostet € 100.000,-- und wir haben, um dieses Konzept durchzusetzen, einen Bedarf von € 1 Million vorgesehen und wo die Stadt in Vorlage treten will, damit die Experten und Baufirmen bezahlt werden können. Und wir haben nicht nur die feste Absicht, sondern wir werden es auch tun - wir werden uns das von den Steuerzahlern vorgeschossene Geld von den Schuldigen - den Verursachern - am Gerichtswege wieder zurückholen. Ich glaube, wir sind da auf dem richtigen Weg. Es hat lange gedauert, weil es auch juristisch extrem schwierig ist. Wenn man eine Behörde ist, wenn man Steuergeld verwaltet und sagt, man hilft jemanden und tritt in Vorlage. Jetzt sind wir uns ziemlich sicher, dass wir das Geld wieder zurückbekommen und das Konzept steht schon. Die Ausschreibungen für die Hangstabilisierung laufen schon. Ende September sollen die Angebote schon da sein und Mitte Oktober soll begonnen werden, den Hang zu stabilisieren. Es werden 17 m lange Pfahlböcke mit Querverbindungen aus Stahlbeton bis zu 15 Meter tief in das Erdreich getrieben, um verbunden mit dem Erdreich, die in Summe dann Stabilisierung schaffen wollen, plus eine

Entwässerung an Stellen des Hanges, wo es notwendig ist. Die Experten, wir reden da von Bodenmechanikern, von Geologen und Ziviltechnikern.

Das ist eine hochwissenschaftliche Geschichte. Wir sind uns aber sehr sicher, dass das funktioniert, weil genau diese Methode, den Hang zu stabilisieren angewandt wird und die hat am Attersee/Unterach auch schon funktioniert und wir sind guten Mutes, dass das auch bei uns funktionieren wird. Wenn alles nach Plan läuft, und davon gehen wir aus, soll das spätestens im Februar fertig sein. Der Hang nicht sofort, das ist so ein dynamischer Prozess, aber dann im Februar den nächsten zwei, drei Monaten anschließend soll er sich dann tatsächlich endgültig nicht mehr rühren und dann geht's eigentlich erst um die Behebung der Schäden, die da entstanden sind. Ich ersuche um Beschlussfassung.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des vorstehenden Amtsberichtes der Fachabteilung für Privatrechtsangelegenheiten vom 19.08.2013 wird der Planungsgemeinschaft ZT Fritsch GmbH, DI Wolfgang Landrichter, Geotronic-Bodenmechanik und Dr. Peter Baumgartner, Geo Traunkirchen-Baugeologie, entsprechend dem Angebot vom 02.08.2013 der Auftrag zur Ausarbeitung eines Projektes für die Stabilisierung des Rutschhanges Roglwiese erteilt. Zur Bedeckung der Kosten für die Auftragserteilung ist zusätzlich zu dem mit Beschluss des Gemeinderates vom 20.09.2012 freigegebenen Betrages von € 60.000,00 ein weiterer Betrag in Höhe von € 60.000,00 inkl. USt. bei der VA-Stelle 5/030000/728000 als Kreditüberschreitung erforderlich. Die Deckung dieser Kreditüberschreitung hat durch Darlehensaufnahme zu erfolgen.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in Höhe von € 60.000,00 notwendig, die hiermit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt.

Gemäß § 47 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr wird der Magistrat zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

VIZEBÜRGERMEISTER WALTER OPPL:

Danke. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Kollege Payrleithner bitte.

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

Werter Herr Bürgermeister, werte Kolleginnen, werte Kollegen, werte Gäste, liebe Freunde vom Gymnasium – unsere Nachbarn sozusagen. Dieser Amtsbericht – eine zweifellos ganz wichtige Sache – und ein Thema, das uns ja leider schon in der Stadt einige Zeit beschäftigt. Die von Ihnen angesprochene spätere Absicht, das zu regressieren, finde ich allerdings in diesem Amtsbericht hier nicht, Herr Bürgermeister. Ich habe das überhaupt, so wie Sie es zuerst ausgeführt haben, auch in den Medien vernommen, dass Sie das vorhaben. Hier, zur Information, steht es übrigens nicht drinnen.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Brauche ich auch nicht beschließen.

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

Und in dem Zusammenhang vielleicht schon auch(unverständlich) erstens einmal der Umstand, dass 1999 dort eine Umwidmung stattgefunden hat und eine Baubewilligung 2008. Also man hätte eigentlich schon relativ lange Zeit gehabt, den Betreibern und den Errichtern und den Baufirmen entsprechende Auflagen zu machen, weil, eines ist schon klar, alle, die die Thematik dort draußen kennen – Anrainer, Leute, die dort immer gewohnt haben usw. – waren sich sehr wohl dessen bewusst, dass das eine sehr problematische Angelegenheit ist, dass das sozusagen eine feuchte Wiese ist. Ich habe erst gestern wieder mit

Leuten gesprochen, die dort wohnen, und immer verwundert waren, wie man ein derartiges Gebiet umwidmen kann und dann zu Wohngebiet erklären kann. Das sollte man bei dieser Gelegenheit schon einmal auch sagen. Es geht ja schließlich um einen Haufen Geld und eine weitere Frage, Herr Bürgermeister als Finanzreferent, was mich interessieren würde. Ich nehme an, dass die Stadt Steyr ja auch eine Haftpflichtversicherung hat. Warum hat man sich nicht über die Haftpflichtversicherung der Stadt Steyr mit den Haftpflichtversicherungen der Verursacher, oder wer immer dann später zur Kasse gebeten werden soll, nicht geeinigt? Dass man sagt, man wickelt das über die Versicherungen ab, dann würde man den Steuerzahler etwas entlasten.

VIZEBÜRGERMEISTER WALTER OPPL:
Kollege Spöck bitte.

STADTRAT MARKUS SPÖCK, MBA:

Eigentlich wollte ich mich nicht melden, weil ich so einen ähnlichen Tagesordnungspunkt an und für sich nachher noch habe, aber es tut ein bisschen weh, was ich gerade gehört habe. Einerseits ist der Herr Gemeinderat Payrleithner selber im Gemeinderat gesessen, wie genau diese Umwidmung beschlossen wurde. Ich gebe zu, ich weiß es nicht, wie Sie abgestimmt haben, aber eigentlich müssten Sie das wissen. Dass die Haftpflichtversicherungen sich einigen sollen, tut auch ein wenig weh, weil wenn wir wissen, dass das Gericht jetzt urteilen wird – und wir kennen im Prinzip das Gerichtsgutachten, was da drinnen steht – dann wird sich nicht unsere Versicherung freiwillig einigen mit jemanden, der dann beschuldigt geführt wird. Dass wir wissen, dass die Wiese feucht ist – ja, das wissen wir. Darum hat es auch damals ein Gutachten gegeben. Auch das wissen Sie, Herr Payrleithner. Es hat ein Gutachten gegeben, wo damals ein Geologe den Untergrund untersucht hat und festgestellt hat, dass in diesen 4 Metern, die untersucht worden sind – das waren damals diese 4 Meter, die gebohrt worden sind – keine Hangrutschung vorliegt. Ich weiß auch, dass es geheißen hat, ja es ist ein nasser Hang, es sind viele Quellen darinnen. Darum gibt es auch Auflagen in der Bauordnung. Das heißt, es gibt, wie Sie wahrscheinlich wissen oder sich den Akt angeschaut haben, drinnen Auflagen, dass man zur Stabilisierung beitragen muss. Also irgendwie verstehe ich das nicht ganz ... und dass der Herr Bürgermeister immer gesagt hat – genauso wie wir gesagt haben – wir werden immer bis zum Schluss alles regressieren, was wir nur können, wenn wir in Vorleistung gehen. Das haben wir immer betont – das Wort Vorleistung ist bei uns immer dabei gestanden. Wir gehen in Vorleistung und holen sich jeden erdenklichen Euro, den wir bekommen und sei es über Gericht, auch wieder zurück.

VIZEBÜRGERMEISTER WALTER OPPL:

Danke. Herr Bürgermeister, Schlusswort? Oder – Entschuldigung – gibt es weitere Wortmeldungen? Nicht der Fall.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Nein, ich glaube, der Baustadtrat Spöck hat das aufgeklärt. Das sind genau diese Dinge.... Wenn man in Steyr geboren ist, dann weiß man natürlich, was da draußen gesprochen wird und wie man so sagt – ein nasser Platz und warum hat das alles geschehen können ...ja, das ist klar. Aber die Fakten schauen anders aus. Es gibt jetzt Gerichtsgutachter, die vom Gericht bestellt wurden, die in dieser Causa tätig wurden und in dem Gutachten steht ganz klar drinnen – für alle die es nicht hören oder nicht wissen oder manche wollen es auch nicht hören – dieser Grund war bebaubar! Mehr ist dazu nicht zu sagen. Unter Auflagen - die wurden erteilt - und die Auflagen, auch das hat das Verfahren bis jetzt schon gebracht, wurden nicht eingehalten und das ist der Punkt. Darum gibt es auch dieses Gerichtsverfahren. Die Stadt ist nicht Beschuldigter – ich kann nur das bestätigen was der Kollege Spöck sagt. Es wäre nicht wirklich intelligent, uns jetzt mit unserer Versicherung anzubiedern und aufzudrängen, wenn wir nicht einmal Beschuldigter sind. Die Schuldigen sollen zahlen und dann soll sich die Versicherung überlegen, wie sie jene, die bei ihnen versichert sind, dann auszahlen. Das ist der Punkt. Ich ersuche um Beschlussfassung.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des vorstehenden Amtsberichtes der Fachabteilung für Privatrechtsangelegenheiten vom 10.09.2013 wird bei der VA-Stelle 5/030000/728000 (Bauangelegenheiten, Entgelt für sonstige Leistungen von gewerblich tätigen Firmen und juristischen Personen) einen Betrag von € 1.000.000,-- (Euro eine Million) als Kreditüberschreitung bewilligt.

Unbeschadet dieser Kreditüberschreitung ist dem Stadt- und Gemeinderat vom Ausschreibungsergebnis zu berichten und ein Beschluss über die Auftragsvergabe durch den Stadtsenat gem. § 47 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr 1992 idgF. herbeizuführen.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in Höhe von € 1.000.000,-- notwendig, die hiermit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt.

VIZEBÜRGERMEISTER WALTER OPPL:

Danke. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für diesen Antrag ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe. Enthält sich wer der Stimme? Ist nicht der Fall.

MAGISTRATSDIREKTOR DR. KURT SCHMIDL:

Herr Payrleithner - haben Sie abgestimmt?

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

Ja.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Sicher hat er abgestimmt.

VIZEBÜRGERMEISTER WALTER OPPL:

Zustimmung, ja. Einstimmig angenommen.

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen.

Der Antrag wurde **einstimmig** angenommen.

VIZEBÜRGERMEISTER WALTER OPPL:

Somit kommen wir zur nächsten Berichterstattung und ich darf vorher den Vorsitz wieder an unseren Herrn Bürgermeister übergeben.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Ich übernehme den Vorsitz und darf den Herrn Vizebürgermeister Wilhelm Hauser um seinen Tagesordnungspunkt ersuchen.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

4) Abfall-21/97

Gasbrunnenverlängerung auf der Reststoffdeponie der Stadt Steyr und Verlegung einer Wasserleitung für den Erhalt der biologischen Abbauprozesse.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Meine geschätzten Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Gäste. Ich habe hier einen Tagesordnungspunkt – Reinhaltungsverband. Der Reinhaltungsverband betreibt ja für die Stadt die Mülldeponie und diese Mülldeponie wurde vor einigen Jahren in eine sogenannte Reststoffdeponie umgewandelt. Das heißt, früher ist der Müll dort hin gebracht worden und wurde dort geologisch abgebaut, damit es dann zur Verrottung kommt. Und

jetzt wird ja der gesamte Müll, wie Sie alle wissen, in eine Verbrennungsanlage gebracht und die Schlacke, dieser so genannte Reststoff ist, der darf jetzt auf der Mülldeponie abgelagert werden. Es gibt keine anderen Deponien mehr. Damit aber der Müll, der da darunter liegt, sozusagen auch noch weiterhin abgebaut werden kann bzw. verrotten kann, gibt es so genannte Gasbrunnen worin dieser biologische Prozess unterstützt wird, indem man Wasser dort zuführt. Und nachdem die Schütthöhen jetzt zu groß sind, müssen diese Gasbrunnen verlängert werden und es müssen auch neue Wasserleitungen dorthin gelegt werden, deshalb gibt es eben diesen Antrag, das zu tun. Und damit Sie einmal wissen, was das ungefähr kostet, war die Schätzung, dass es in etwa € 50.000,-- kosten wird. Es hat eine Ausschreibung gegeben, wo die Firma Swietelsky Bau GmbH der Billigstbieter war und mein Antrag lautet, dass aufgrund dieses Amtsberichtes des Reinhaltungsverbandes und der Umgebung der Stadt Steyr eben diese Auftragsvergabe erfolgt in der Gesamthöhe von € 43.801,65,-- exkl. USt. bzw. € 52.561,98,-- inkl. USt. an die Firma Swietelsky Bau GmbH. Ich ersuche, dem Antrag die Zustimmung zu erteilen.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des Reinhaltungsverbandes Steyr und Umgebung im Auftrag der Stadt Steyr vom 8.7.2013 wird der Auftragsvergabe für die Gasbrunnenverlängerung und Wasserleitungsverlegung auf der Reststoffdeponie der Stadt Steyr in Höhe von € 43.801,65 exkl. USt. bzw. € 52.561,98 inkl. USt. an die Firma Swietelsky Bau GmbH, 4020 Linz, zugestimmt.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in Höhe von € 43.801,65 exkl. USt. bzw. € 52.561,98 inkl. USt. notwendig, die hiermit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird, auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung, noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt werden.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Wünscht zu diesem Tagesordnungspunkt jemand das Wort? Ich sehe, das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer für diesen Antrag ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Ist jemand dagegen? Übt jemand Stimmenthaltung? Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen.
Der Antrag wurde **einstimmig** angenommen.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Ich bedanke mich für die Berichterstattung und darf den Kollegen Dr. Michael Schodermayr um seinen Punkt ersuchen.

BERICHTERSTATTER STADTRAT DR. MICHAEL SCHODERMAYR:

5) SH-380/13

Aktion „Essen auf Rädern“; Ersatzbeschaffung für 4 Zustellfahrzeuge

STADTRAT DR. MICHAEL SCHODERMAYR:

Liebe Gäste, geschätzte Vertreterinnen und Vertreter der Medien, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, hohe Beamtschaft, geschätztes Präsidium. Ich habe heute die große Freude einen Antrag stellen zu dürfen zur Beschaffung von vier Fahrzeugen für die Aktion „Essen auf Rädern“. Die Aktion „Essen auf Rädern“ wird seit 1975 in Steyr durchgeführt. Nicht ganz, aber fast so alt sind die meisten Autos. Die Viertakter Autos sind Jahrgang 1998, der Mazda sogar 1997 und nur ein Auto ist im nächsten Jahrtausend – 2002 – angeschafft worden. Die

vier ältesten Autos sollen ausgetauscht werden. Sie sind nicht nur alt, sie schauen auch schon so aus und fühlen sich so an. Wir werden das auf zwei Tranchen machen. Die erste Tranche möchten wir heuer machen. Es werden Mittel benötigt im Ausmaß von € 61.500,-- und die zweiten zwei im nächsten Jahr. Dafür werden Mittel von € 56.500,-- benötigt. Die Differenz ergibt sich aus Installationskosten, die bei erstbesagten notwendig sind. Es sollen nämlich Elektrofahrzeuge sein. Wir haben uns aus ökologischen Gründen und auch aus anderen Gründen dafür entschieden. Es macht Sinn, diese Aktion mit Elektroautos zu betreiben. Und da braucht es halt die Installation von Steckdosen usw. Rund € 2.000,-- brauchen wir, um die Schienensysteme zu installieren, damit man die Boxen einhängen kann. Ich bitte in diesem Sinne um die Freigabe der Mittel.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Zu Wort gemeldet hat sich Herr Gemeinderat Eichhübl. Bitte Roman.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Sehr geehrtes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates, werte Gäste. Selbstverständlich sind wir Freiheitlichen nach die vor für dieses Projekt „Essen auf Rädern“ und wissen, dass das auch Geld kostet. Selbstverständlich sind wir dafür, dass unsere älteren Mitbürger, oder jene, die aus gesundheitlichen Gründen eingeschränkt in ihrer Pensionsfähigkeit sind, mit entsprechenden Mitarbeitern ausgestattet werden und wir wissen, dass das für diese Personengruppe eine sehr große Hilfe ist. Wir haben auch Verständnis dafür, dass Investitionen notwendig sind, so wie jetzt beim Austausch von Fahrzeugen, die immer in Betrieb sind und haben aber kein Verständnis dafür, für die Vorgangsweise dieser Ersatzbeschaffung, die so eben der zuständige Referent Herr Dr. Schodermayr vorgetragen hat, wie es ja auch im Amtsbericht nachzulesen ist. Und zwar deswegen, weil es keinerlei Möglichkeit gibt, zu überprüfen, ob es denn eine günstigere Möglichkeit gäbe, diese vier Fahrzeuge zu erneuern. Es gibt kein Angebot einer anderen Firma, es gibt kein Angebot bzw. keine Möglichkeit zu erkennen, ob eventuell ein Leasingvertrag für die Stadt billiger kommen würde und es gibt vor allen Dingen auch kein Angebot über Fahrzeuge mit anderen alternativen Antriebsmöglichkeiten. Allerdings was man ohne große Mühe feststellen kann ist die Tatsache, dass es sich um ein sehr teures Experiment handelt und das kann man aufgrund der Aufstellung, die ich Ihnen nochmals zur Kenntnis bringen möchte, im Detail durchaus rasch erkennen. Ein Fahrzeug inkl. spezieller Ausstattung kostet € 28.250,--, die Batterielizenz – eingeschränkt auf einen Zeitraum von 84 Monaten und 70.000 km - macht pro Fahrzeug € 7.308,-- aus. Das heißt, Gesamtkosten für ein Fahrzeug rund € 35.558,-- ohne weitere Betriebskosten. Vier Fahrzeuge kosten daher € 142.232,--. Dazu kommt die vom Herrn Dr. Schodermayr angeführte Installationsarbeit, was die Ladestationen betrifft in der Größenordnung von € 5.000,--, das sind ab Einsatz € 147.232,-- abzüglich die Förderung der vier Fahrzeuge à € 5.000,-- - sind € 20.000,--, die im Übrigen auch der Steuerzahler berappen muss. Das ist eine Bundesförderung, ändert aber nichts daran, dass die Fahrzeuge dann dennoch, wenn man diese Förderung wie ich vorhin erwähnt habe berücksichtigt, Gesamtkosten verursachen von € 127.232,--. Das bedeutet, dass ein Auto den stolzen Preis von € 31.800,-- ausmacht, nur für die Stadt jetzt, aber in Wahrheit, wie gesagt, machen wir es um € 20.000,-- mehr, die ja ebenfalls aus – wie ich ebenfalls bereits gesagt habe – aus Steuermitteln aufzubringen sind. Der vorliegende Antrag, meine sehr geehrten Damen und Herren, umfasst die Freigabe von € 118.000,-- einerseits durch eine Darlehensaufnahme, weil wir das Geld ja gar nicht haben – wir müssen daher neue Schulden aufnehmen – und einen Vorgriff für die Hälfte dieses Betrages auf das Jahr 2014, das möchte ich auch betonen. In diesem Zusammenhang, meine sehr verehrten Damen und Herren des Gemeinderates, darf ich Ihnen die Zahlen, die wesentlichen des Budgets, in Erinnerung rufen, die wir hier im Dezember für dieses Jahr – also im Dezember des vergangenen Jahres für dieses Jahr – beschlossen haben. Abgang im ordentlichen Haushalt € 7,5 Mio., Darlehensaufnahme für die außerordentlichen Haushalt € 5,32 Mio. Das ergibt einen Gesamtschuldenstand der Stadt von € 90 Mio. – 90 Mio. EURO Gesamtschuldenstand. Daher, meine Damen und Herren, halten wir es für nicht angebracht, dass man für vier Fahrzeuge inkl. Batteriemiete mehr als € 127.000,-- ausgibt, die noch dazu – wie ich nochmals unterstreichen möchte –

auf dem Kreditmarkt aufgenommen werden müssen. Das ist aus unserer Sicht – ich darf hier wirklich unterstreichen – nicht angebracht. Im Vergleich dazu bekommt man durchaus ebenfalls sehr umweltfreundliche mit modernster Technik ausgestattete verschiedene Marken von Fahrzeugen, die um die Hälfte dieses Betrages zu erhalten sind. Und wenn man jetzt auch die Stromkosten berücksichtigt, die im Vergleich zum Kraftstoff tatsächlich nicht unwesentlich billiger kommen, dann ist dieser Einsatz von E-Mobilen mit den hohen Anschaffungskosten inkl. der Batteriemiete wesentlich teurer, als bei herkömmlichen Fahrzeugen. Lässt sich auch ganz einfach, mit einfachen Rechnungen nachweisen. Man hätte sich – und das ergibt diese Rechnung – beim Ankauf von vier umweltfreundlichen Dieselmotoren mit wenig Verbrauch, mit modernster Ausstattung, mit modernster Technik ca. € 50.000,-- - zumindest € 50.000,-- - erspart, denn die Wartungskosten scheinen ja – die wurden hier nicht berücksichtigt im Amtsbericht – nicht auf. Wir werden daher aus diesen Gründen, die ich angeführt habe, diesem Antrag die Zustimmung nicht geben.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Dankeschön. Als nächster zu Wort gemeldet der Kollege Apfelthaler. Bitte Kurt.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren. Ich kann jetzt dieses Rechenbeispiel des Kollegen Eichhübl nicht nachvollziehen. Ich kann mich sozusagen nur nach dem richten, was im Amtsbericht drinnen steht und da ist unter anderem (*unverständlich*)

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Ich weiß nur, dass mehrere Faktoren ausschlaggebend sind, diesem Antrag zuzustimmen. Also, wie der Kollege Eichhübl auf diesen sagenhaften Betrag kommt, das können wir jetzt nicht nachvollziehen, sie sagen halt, behaupten Sie.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

So steht es im Amtsbericht drinnen, Herr Apfelthaler.....

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Nein, das steht nicht im Amtsbericht drinnen, dass Sie auf den sagenhaften Preis da.... Ich weiß es nicht mehr. Ich weiß nur, dass die monatlichen Betriebskosten dieses Fahrzeuges, wenn man die € 30,-- nimmt und die Batterien € 87,-- zu € 117,-- zu betrachten sind und das hochgerechnet ist, was Sie sozusagen vorschlagen da mit umweltgerechtem Dieselmotoren. Insofern, als das retro ist, wieder einmal blöd ausgedrückt so retro ist, weil das glaube ich schon, in vielen, vielen Gemeinden – ich kann es ihnen jetzt aufzählen Amstetten, Schärding, Großraming, Dietach, Bad Schallerbach, Thalheim bei Wels usw. sind die alle blöd oder ich verstehe das nicht. Die nehmen Elektrofahrzeuge, nämlich aus dem Grund, erstens sind sie günstiger – sie sind günstiger – dann in der(*unverständlicher Zwischenruf*) ich weiß, aber Herr Kollege Eichhübl, Sie sind - glaube ich Automechaniker - wenn ich mich so richtig erinnern kann. Ich verstehe das, dass Sie das aus einer ganz anderen Sichtweise sehen, aber ich versuche das als Vorsitzender des Umweltausschusses zu betrachten, die Vorgangsweise, die herinnen hier getätigt wird. Dass es nicht nur darum geht, Elektrofahrzeuge hier zu bevorzugen und, und, und. Weil das aus Ihrer Sicht heraus das einzig Darstellbare ist, sondern weil die Gemeinde auch durchaus eine Aufgabe hat, nämlich voranzuschreiten, voranzuschreiten und versuchen, einen Klimawandel zumindest hint anzuhalten – einen ganz kleinen, sofern Steyr dazu beiträgt. Steyr trägt, obwohl wir schon seit 2003 Klimaschutzgemeinde sind, obwohl wir da innovative Betriebe haben – aber ich kann mich nicht erinnern, dass aus Ihrer Zeit, wo Sie noch Vorsitzender waren bzw. der notwendige Referent für unsere Verkehrsbetriebe, irgendeine Maßnahme getätigt worden ist, um die Steyrer Luft zu verbessern. Und damit ich wieder zurückkomme auf den ursprünglichen Antrag. Ich glaube, dass wir Vorbildwirkung – dass das die Vorbildwirkung ist, die die Öffentlichkeit hat und die Kommunen haben und ein wesentlicher Faktor ist. Nämlich dahingehend, wenn man ständig, ja – wenn man ständig immer hergeht und das bis ins kleinste Detail versucht, hintanzuhalten – weil vielleicht irgend jemand hergeht und sagt, ma jetzt sind sie

gemein, jetzt kaufen sie mir meinen Dieselmotor nicht mehr ab und nehmen das Elektrofahrzeug. Also das verstehe ich nicht. Wenn man heute – zum heutigen Tage – wo ein Unwetter nach dem anderen, wo der Klimawandel sichtbar ist und spürbar ist – und gerade bei uns in Steyr ist es am allerschlimmsten – hergehen kann und einer Technologie anhängt, wo es sich ja fortschrittlich zeigt, nämlich in den letzten Jahren zwanghaft, weil die Umgebung jetzt was anderes sagt – hergeht und sagt, das ist alles ein Blödsinn, ein Dieselfahrzeug würde billiger kommen. Ich weiß nicht, ob Sie schon jemals mitgefahren sind, mit so einem Fahrzeug – das ist Stopp and Go. Teilweise schalten sie nicht einmal den Motor ab, weil es nur Minuten sind, das Essen dorthin zu bringen(unverständlicher Zwischenruf von GR Eichhübl). Ja danke Herr Eichhübl, wenn du das rechtzeitig gesagt hättest, dann hätten wir wahrscheinlich weniger Umweltprobleme in Steyr. Aber ich glaube, diese Vorgangsweise, dass man das anzweifelt, das ist irgendwie..... ich weiß nicht, irgendein Achterl Benzin im Blut muss man da schon haben, dass einem so etwas einfällt, weil wenn wir da einzeln irgendwie in Oberösterreich die Einzigen wären, die das tun, dann würde ich sagen ok. Wir haben da eine gewisse..... wir sind da Vorreiter. Aber das ist schon überall der Brauch, dass man Elektrofahrzeuge..... Wissen Sie, was wir haben in Steyr? Wir haben einen Dreiradler – oder so. Für eine Stadt, die technische Innovationen im Automotive-Bereich haben, als unsere Betriebe hier und wo tagtäglich vorgeführt wird, was technisch alles machbar ist – da gehen wir als Kommune her, das Einzige, was wir haben als Klimaschutzgemeinde ist, glaube ich, ein Dreiradler, den die Kommunalbetriebe mit Sonnenenergie aufladen. Das ist das Einzige. Andere Gemeinden und andere Städte sind uns Lichtjahre voraus. Und da krieg ich ehrlich gesagt einen Grammel, wenn so etwas ganz Normales.....

VIZEBÜRGERMEISTER WALTER OPPL:

Reg dich jetzt nicht so auf.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Ich rege mich auf. Weil bei uns nichts weitergeht. Selbst der gute Wille, im Klimaschutz etwas voranzubringen in dieser Stadt, wir tun uns eh nicht zu schwer, etwas voranzubringen in dieser Stadt. Selbst der gute Wille wird hinterfragt, hat er gesagt – ein Dieselfahrzeug käme doch viel billiger. Nein, sage ich, es kommt nicht billiger über die Jahre gerechnet. Sind wir froh, wenn wir Fahrzeuge haben, die nicht CO² tonnenweise ausstoßen. Sind wir froh, dass wir unsere Mitbürger und Mitbürgerinnen mit einem Fahrzeug beliefern, dass Vorbildwirkung hat und das noch gut für unsere Umwelt ist. Und bitteschön, vergessen wir das alles. Vergessen wir's – versuchen wir, ins 21. Jahrtausend zu kommen und versuchen wir eine gute Zukunft.

Allgemeines Gelächter

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

So viel zum Rechenschieber. Bitte Michaela.

GEMEINDERÄTIN MMAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, geschätzte Gäste. Ja, nach der eher kabarettistischen Einleitung des Kollegen Apfelthaler ist es fast ein bisschen hart, wieder zu den Fakten des Amtsberichtes zurückzukehren. Ich gebe meinem Vorredner ja vollkommen Recht in Zusammenhang mit der Tatsache, dass gerade – und das ist ein wesentlicher Punkt – wir als Kommune auch eine Vorreiterfunktion haben sollen. Wir wollen – der Bund gibt zum Beispiel Förderungen her, das Land gibt Förderungen her für alternative Energien – und dann würden wir als Stadt sagen, ja schon, die Privaten sollen was machen, die Unternehmer sollen was machen, aber wir tun eigentlich nichts. Das heißt, wir haben eine Vorbildfunktion in vielen Bereichen und in diesem Bereich besonders. Das ist der erste Punkt. Der Sinn dafür, und da gebe ich dem Kollegen Apfelthaler auch durchaus recht – durchaus säumig, wir hätten viel mehr bereits machen können – wie mit Solarenergie auf Gebäuden etc. Aber man muss einmal anfangen. Das hier ist ein Antrag, den wir vollinhaltlich unterstützen, dass man alternative Energien einsetzt. Und was die Zahlen anbelangt,

zu denen ich kommen möchte. Also ich kann auch die Zahlen, die der Kollege Eichhübl gebracht hat, nicht nachvollziehen, denn ich glaube, ich kenne mich schon ein bisschen aus in einer Kosten-Vergleichs-Rechnung. Und das ist ein wesentlicher Punkt aus meiner Sicht, dass man selbstverständlich auch die laufenden Kosten sich anschauen muss und ich weiß es zwar nicht ganz genau, wie viel der Spritverbrauch ist und die Spritkosten sind für diese zwei Fahrzeuge im Monat, das weiß wahrscheinlich der Referent besser. Aber ich gehe davon aus, mit dem € 117,--, die wir so haben, nämlich die Batteriemiete und die Stromkosten – Batteriemiete € 87,--, Stromkosten € 30,-- ungefähr, sind wir bei € 117,-- pro Fahrzeug – und ich kann mir nicht vorstellen, dass wir das schaffen, mit einem herkömmlichen Fahrzeug. Dessen ungeachtet, dass da zum Teil auch Sachen hineinfließen in Ihre Berechnungen, Herr Kollege Eichhübl, die ich nicht rein nehmen darf, weil – Sie haben schon Recht - (*unverständlich*). Aber Faktum ist, wir würden die € 5.000,-- Förderung nicht bekommen, wenn wir nicht auf eine alternative Form umsteigen. Und die € 5.000,-- sind de facto derselbe Betrag, den wir brauchen, für erforderliche Elektroinstallation samt Bezugsrecht. Und das ist etwas, was wir einmal machen, was wir nicht jedes Jahr haben bei jedem Fahrzeug, das wir anschaffen. Das heißt in Summe – und da brauchen Sie sich jetzt gar nicht auf mich beziehen oder vielleicht meine Sachkenntnis in Frage stellen – lese ich aus dem Amtsbericht und von dieser Stelle halte ich persönlich sehr viel, darf ich sagen, von der Stabsstelle Controlling und Consulting wurde eine Vergleichsrechnung angestellt. Als Ergebnis wurde dargestellt, dass sich sowohl die Anschaffungskosten der E-Fahrzeuge aufgrund der Förderung des Bundes als auch die laufenden Kosten zu herkömmlich betriebenen Fahrzeugen neutral verhalten. Das heißt, ich habe weniger – ich glaube, dass es sogar ein bisschen weniger sind – aber zumindest nicht mehr Kosten, zugleich habe ich eine umweltfreundliche (*unverständlich*). Und zugleich setze ich als Stadt Steyr auch ein positives Signal. Also, wie jemand da dagegen sein kann, das erkläre mir jemand. Ich kann es mir nicht erklären. Wir werden diesem Antrag zustimmen.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Kollege Hingerl bitte. Entschuldigung, Pardon – Michael. Herr Payrleithner bitte - tut mir leid, Sie sind dran.

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

Geschätzte Kolleginnen, geschätzte Kollegen, Herr Bürgermeister, werte Gäste. Ich bin sehr positiv überrascht, dass die Stadt mit gutem Beispiel vorangeht, weil wir werden nicht ewig mit fossilen Energien noch das Auslangen finden. Ein Umdenken hat bereits stattgefunden und ich darf an eine Diskussion erinnern vor einigen Jahren. Da habe ich einmal vorgeschlagen, dass die Stadt Steyr von der Firma MAN auch mit Hybridbussen beginnt. Die Firma MAN baut ja nicht nur LKW's, sondern auch sehr umweltfreundliche Busse – so genannte Hybridantriebsbusse. Da hat man das noch sehr kontroversiell gesehen und nicht sehr positiv und darum freut es mich ja auch sehr besonders, dass hier heute offensichtlich ein Umdenken stattgefunden hat und ich glaube, ein gutes Beispiel ist immer gut – mit gutem Beispiel vorangehen. Was die Kosten anbelangt.....Wenn man alleine daran denkt, was wir da in den sinnlosen Stollen bei der Steyr hineingesteckt haben, da können wir jahrelang Elektrobusse kaufen.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Als nächster zu Wort gemeldet der Herr Kollege Hingerl. Bitte.

GEMEINDERAT ING. FRANZ-MICHAEL HINGERL:

Sehr geehrtes Präsidium, werte Kollegen des Gemeinderates, liebe Gäste. Ich möchte noch eines ganz kurz ergänzen. Umweltschutz ist natürlich eine Angelegenheit in diesem Gemeinderat, der einen besonderen Wert darstellt. Wir haben einen Umweltausschuss – dort wird wirklich über viele Themen gesprochen. Manches geht oft nebenbei daher, aber wir haben immer wieder gute Auswirkungen, gute Ergebnisse. Daher möchte ich ergänzen, hier eine Sache noch ganz kurz anschneiden, die nämlich jetzt ein bisschen nur lapidar angekommen ist. Wir haben sehr wohl Umweltthemen, die in der Stadt Steyr umgesetzt sind – so

im Reithoffergebäude haben wir Stromversorgung aus Elektrozellen, ebenfalls eine Heizung und eine Kühlung mit Wasser-Wärme-Tauscher. Es gibt eine Gastankstelle im TIC, die betrieben wird. Wir haben im letzten Gemeinderat beschlossen, einen Wärmetauscher und eine ganz eine wichtige giftige Substanz wegbekommen und haben Wärmetauscher im Bereich der Eishalle installiert und nun gehen wir einen Schritt weiter – wir machen E-Fahrzeuge, die mehr als zweirädrig sind. Es gibt ja Elektroräder bei der Stadt Steyr und wir stellen „Essen auf Rädern“ auf Elektrofahrzeuge um. Das kostet vielleicht etwas Geld, ist aber ein grundinnovativer zukunftssträchtiger Weg. Wir haben Verantwortung für unsere Jugend, wir werden auf diesem Weg auch weitergehen. Danke.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Danke Michael. Als nächster zu Wort gemeldet Herr Vizebürgermeister Hauser. Bitte Willi.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER

Geschätztes Präsidium, meine geschätzten Kolleginnen und Kollegen, werte Gäste, werte Presse. Also erstens möchte ich einmal sagen, der Kollege Eichhübl ist nach wie vor der Obmann des Umweltausschusses. Und es ist nicht so, dass da nichts getan wird, wenn ich mir da nur denke.....da jetzt diese Geschichte mit der Fernwärme, Anschluss an die Biomasse in Steyr. Also es wird schon auch einiges getan für die Umwelt in dem Sinn und ich denke mir, das ist wichtig. Aber eigentlich wollte ich mich auf den Kollegen Payrleithner beziehen, weil da bekomme ich fast Bauchweh, wenn ich das immer höre mit den Hybridbussen von MAN und wir wissen ganz genau, dass sie über den Berg nicht hinauf kommen.

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

Elektrobusse kommen hinauf.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER

Das ist die Realität. Denn wir haben keine Busse, die nicht nur 9 Leute transportieren. Und das ist die Realität. Und lieber Kollege Payrleithner, wenn du es mir nicht glaubst, dann redest du einmal mit dem Prof. Beidl, der ist eine anerkannte Größe in diesen Dingen, was das betrifft und der kann das nachweisen, dass in diesen Dingen noch lange nicht alles erforscht ist, was notwendig ist. In Stuttgart zum Beispiel fahren diese MAN Busse auf Probe, mit Range-Extender und all diesen Dingen mehr und wir sind nicht in der Lage – und wir haben das geprüft, wir haben bei Ausschreibungen das geprüft – wir sind nicht in der Lage, aufgrund unserer Topografie solche Busse einzusetzen. Nicht nur, dass sie zusätzlich natürlich dementsprechend Geld kosten würden, aber sie brächten natürlich durchaus umweltfreundlichere Energie. Völlig klar, aber es ist nicht so, dass wir uns nicht beschäftigen mit diesen Themen, nicht beschäftigen mit der Berechnung dieser Dinge und auch nicht beschäftigen damit, uns dementsprechend auch beraten lassen von unterschiedlichen Firmen. Das möchte ich schon einmal unterstreichen, weil immer so getan wird, als wie wenn wir uns mit diesen Themenbereichen nicht beschäftigen würden. Nachdem ich für den öffentlichen Verkehr zuständig bin und für die Busse, wollte ich das auch gesagt haben.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Danke. Bitte Herr Kollege Eichhübl. Noch einmal Roman.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, liebes Präsidium. Ich melde mich deswegen noch einmal zu Wort, weil offensichtlich die beiden Redner nach mir – die Frau Kollegin Frech und der Kollege Apfelthaler – Probleme haben, meine Zahlen nachzuvollziehen. Ja, das ist ja auch kein Wunder, wenn keine Vergleichsangebote im Amtsbericht vorherrschen, dann muss man sich natürlich ein bisschen Mühe machen und muss der Sache näher nachgehen, aber das haben offensichtlich beide verabsäumt. Es ist ganz eine einfache Rechnung – ganz eine einfache Rechnung, kann man sogar im Kopf nachvollziehen, sofern man das kleine Einmaleins beherrscht, dass das die Grünen auch können – insbesondere der Kollege Apfelthaler, das stelle ich außer Frage. Daher darf ich noch einmal diese einfache Rech-

nung, ihnen meine Damen und Herren des Gemeinderates, darlegen. Es ist ganz einfach zu berechnen. Bleiben wir einmal beim Elektromobil und die Anschaffung dieser vier Fahrzeuge. Der Ankauf der vier Fahrzeuge inklusive Batteriemiete kostet € 127.232,-- ohne diese € 5.000,-- pro Fahrzeug, die man als Bundesförderung bekommt. Und die Stromkosten, auch wieder errechnet aufgrund dieses Mietvertrages, der dem Amtsbericht beiliegt, € 10.080,-- sind € 137.312,--. Und wenn man jetzt einen Vergleich zieht zu einem Dieselfahrzeug, ohne jetzt mich auf eine Marke zu beziehen, die liegen etwa alle im gleichen Bereich – ich habe € 16.000,-- angenommen für mein Fahrzeug mit modernster Technologie. Kollege Apfelthaler, ich darf ergänzend dazu sagen, Sie leben offensichtlich in der technischen Steinzeit und Sie tun so, als wären die Dieselmotoren nach wie vor rauchend unterwegs und Abgas mäßig (*unverständlicher Zwischenruf von GR Apfelthaler*) das Schlechteste, was es überhaupt gibt, sondern im Gegenteil. Es sind manche Verbrennungsmotoren wesentlich besser als so manche alternative Energien, wenn man die Entstehung von Grund auf betrachtet. Aber es ist halt so üblich bei den Grünen. Auf der einen Seite wollen sie Elektroauto haben und auf der anderen Seite sind sie gegen die Stromerzeugung durch Wasserkraft. Da lassen wir sinnlos das Wasser vorbei laufen, da wollen wir lieber 17, 18 Windräder am Damberg oben und die Gegend damit verschandeln. Das wollte ich nur dazu sagen. Aber noch einmal um bei dieser Rechnung zu bleiben. Ankauf der vier Fahrzeuge € 64.000,--, die Kraftstoffkosten liegen bei € 18.900,-- gesamt auf diese Laufzeit von 70.000 km das sind € 82.900,-- und daher die Differenz zwischen Elektromobil dieser vier Fahrzeuge und eventuellen angenommenen Dieselmotoren von € 54.412,--. So schaut die Rechnung aus, ganz einfach nachzuvollziehen. Das wollte ich Ihnen nochmals unterbreiten. Und Kollege Apfelthaler, weil Sie jetzt das angesprochen haben, dass ich Vorsitzender des Umweltausschusses bin – das ist bestätigt - aber dennoch bekenne ich mich dazu, dass nicht alles Gold ist was glänzt und nicht alles, was an Alternativenergie angeboten auch tatsächlich gerechtfertigt ist (*diverse unverständliche Zwischenrufe*) na 70.000 km – 70.000 km so wie es im Amtsbericht drinnen steht, so wie dieser Mietvertrag für die Batterie. Das ist sowieso interessant und eines fällt mir noch ein zu diesem Fahrzeug, wenn ich lese im Amtsbericht, dass bei diesem Fahrzeug – man stelle sich vor, der Fahrerairbag eine Sonderausstattung ist – dann sage ich Ihnen ganz offen, um so ein Auto würde ich einen großen Bogen machen. Und das war's. Danke.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Es liegt mir keine Wortmeldung - doch noch eine, Michaela. Was? Nein, ja, doch?

GEMEINDERÄTIN MICHAELA FRECH:

Keine Angst. Ich habe nur einen Satz. Sehr geschätzter Herr Kollege Eichhübl, eine Milchmädchenrechnung wird nicht besser, wenn man sie wiederholt. Ich könnte es auch „gendern“, dann wäre es eine Männerrechnung. Das was Sie jetzt gesagt haben stimmt schlichtweg nicht. Und wenn Sie sich anschauen, was die Stabsstelle Controlling ausgerechnet hat, dann schaut die Sache einfach anders aus und damit doch ein bisschen mehr Vertrauen zu deren Berechnung. Dankeschön.

VIZEBÜRGERMEISTER WALTER OPPL:

War wirklich nur ein Satz, ich habe aufgepasst.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Vorletzte Wortmeldung, weil die letzte Wortmeldung hat der Referent. Bitte Herr Dr. Schodermayr.

STADTRAT DR. MICHAEL SCHODERMAYR:

Entschuldigung, ich habe schon nicht mehr erwartet, dass ich heute noch einmal drankomme. Also liebe Anwesende – ich verkürze die Begrüßung – und ganz besonders lieber – wirklich geschätzter – Herr Kollege – im Gemeinderat und Münchenholz – Eichhübl. Die Diskussion hat verschiedene Ebenen für mich. Die eine Ebene ist da die politische – wir haben ja Wahlkampf – FPÖ vers. SPÖ. Dann geht das auf Personen zurück – das ist.....

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Ja, da hat mich eh der Herr Bürgermeister schon gewarnt da

STADTRAT DR. MICHAEL SCHODERMAJR:

Genau ja. Das sind echte Gefahren. Die zweite Ebene ist für mich Eichhübl vers. Schodermayr und die dritte Ebene – und jetzt verzeiht's mir, wenn ich ein bisschen pointiert formuliere – ist innovatives, modernes, zukunftsorientiertes Fahrzeug vers. „stinkende Dieslgraxn“. Das ist jetzt überformuliert (*unverständlicher Zwischenruf von Frau GR MMag. Frech*). Wir haben ja das Problem – Sie sind quasi Autodoktor ich bin Leutedoktor – und ich soll Ihnen jetzt erklären, wie Autos funktionieren, das ist echt schräg. Dennoch habe ich keinen Experten gefunden, der mir erklärt was sie können. Man soll diese sogenannten Alternativdinge wirklich immer sehr genau anschauen und es gibt so etwas wie Ökofinzenzen und ehrliche Ökofinzenzen – es ist nicht alles wo Öko draufsteht auch das drinnen. Nur es hat mir kein Experte, den ich gefragt habe, sagen können oder fürsprechen können, dass Elektroautos definitiv umweltfreundlicher sind als andere, kraftstoffbetriebene, wenn sie im richtigen Bereich eingesetzt sind. So viel nur zur Einleitung. Aber ich möchte noch eine Einleitung sagen, weil es in der Zeitung gestanden ist und das hat mich echt gewurmt und das will ich jetzt deponieren. Es ist so gekommen, wie wenn das Sozialressort bzw. namentlich der Schodermayr – ich formuliere es jetzt wieder in meinen rustikalen Worten – das Geld „verjankern“ täte - und ich muss dazu ein Gschicht'l erzählen. Darf ich das erzählen? Ich darf es ein bisschen erzählen. Es hat Budgetgespräche gegeben, die sehr gut verlaufen sind und wo etwas passiert ist und ich darf das als linker und langjähriger Ministrant sagen – eher geht ein Kamel durchs Nadelöhr, als dass eine Abteilung von unserem Finanzdirektor gelobt wird wegen Sparsamkeit – und das ist passiert. Also unsere Abteilung ist durch dieses Nadelöhr gegangen und ich bedanke mich vielmals (*diverse unverständliche Zwischenrufe*). Ich erzähle es wirklich, weil es mich gefreut hat, dass du (*an Mag. Lemmerer gerichtet*) das gesagt hast. Das andere ist – ich habe natürlich, nachdem ich Leutedoktor bin und nicht rechnen kann – versucht, Experten damit zu befassen und wir haben in diesem Haus einen Experten, den ich gleichermaßen als Mensch wie auch als Mathematiker wirklich sehr, sehr hoch schätze – und das heißt was, weil Mathematik seit meiner Schulzeit – das sage ich jetzt, weil Schüler da sind – beinhaltet Unmenschlichkeit (*allgemeines Gelächter*). Mathematik ist schlichtweg unmenschlich. Und wir haben im Haus beides vereint, nämlich Menschlichkeit und eine hohe Gabe zur Mathematik zu betreiben. Und der Peter Hochgatterer hat das wirklich kreuz und quer, auffi , obi – auf zehn Jahre hoch und nieder gerechnet – und ist zu dem Schluss gekommen, es wäre nicht ökonomisch, wenn es die Förderung nicht gäbe. Mit dieser Förderung sind wir zumindest sicher, dass der Anschaffungspreis vergleichbar ist mit einem Diesel oder Benzin – oder was auch immer. Wo es aber differiert, das sind die Erhaltungskosten. Und ich habe heute noch einmal nachgefragt was die Benzin – nicht Benzin – ich glaube Dieselfahrzeuge sind das jetzt – was wir Treibstoffkosten haben. Wir haben pro Fahrzeug zwischen € 1.400,- und € 1.600,- Treibstoffkosten und wenn man das jetzt zurückrechnet mit der Batteriemiete – die Sinn macht – plus Stromkosten – sind wir zumindest nicht dort. Jetzt kann ich noch dazurechnen, dass neue Fahrzeuge weniger Benzin brauchen – auch recht. Aber wir sind ungefähr in derselben Höhe – zumindest nicht teurer. Also das haben wir hochgerechnet. Die Batteriemiete – nur für die damit das klar ist, warum wir das mieten und nicht kaufen. Batteriemiete heißt – wir mieten das Ding und wechseln es wieder aus, wenn es kaputt ist und es kostet und keinen Groschen. Die einzige wirkliche technische Schwachstelle, die Elektrofahrzeuge – sowohl Fahrräder, wie Mopeds, wie Autos – haben, sind die Akkus. Die werden einfach schnell hin – oder schneller hin. Und dem greift man vor, in dem man Miete zahlt. Wo wir uns relativ sicher sind - technisch gesehen - sind, dass wir weniger Erhaltungskosten haben, weil Verbrennungsmotoren wesentlich mehr Teile haben – Sie (Eichhübl) bestätigen mir das jetzt als Techniker (*unverständliche Wortmeldung von GR Eichhübl*) ...

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

... aber nicht bei 70.000 km.

STADTRAT DR. MICHAEL SCHODERMAYR:

Mein erstes Auto ist mir bei 40.000 km auseinandergefallen. Also, ich glaube ja dem ganzen nicht. Also ein Verbrennungsmotor hat viel mehr Soll-Bruch-Stellen, als ein Elektromotor (*diverse unverständliche Zwischenrufe*)

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Da wären schon alle Automobilfirmen zu Grunde gegangen, Herr Doktor. Die gäbe es nicht mehr.

STADTRAT DR. MICHAEL SCHODERMAYR:

Ja, es sind eh genug zu Grunde gegangen – sind eh genug eingegangen. Aber, was ich eigentlich noch sagen wollte – bei den Kosten ist – Sie haben angesprochen, wir haben nicht verglichen und wir haben keine Leasingverträge – und so. Sehrwohl. Wir sind nämlich über ein Leasingangebot genau auf diese Autos gestoßen. Es gibt von der Energie AG ein Leasingangebot.....

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Warum steht das nicht im Amtsbericht? Warum ist das nicht durchgerechnet?

STADTRAT DR. MICHAEL SCHODERMAYR:

Ich weiß nicht, mir sind die Amtsberichte sowieso immer zu lange (*unverständliche Zwischenrufe*). Ich habe es jetzt nur erzählt. Ich habe es zur Ergänzung erzählt. Die Leasingverträge der Energie AG – das Angebot – haben lukrativ ausgeschaut. Der Peter Hochgatterer hat das durchgerechnet und hat gesagt, das können wir wesentlich billiger haben. Das heißt, Leasing ist wirklich das – was mir auch mein Steuerberater gesagt hat – meistens ist es teuer, als wie wenn man einen Kredit aufnimmt und sich das Zeug kauft. Ich sage jetzt – ich plappere nach – das ist nicht mein Wissen, ich plappere nach. Also wir haben verglichen. Und dann Kostenvoranschläge anderer Anbieter einzuholen ist ein bisschen daran gescheitert, dass es einerseits wirklich nur diese eine Autotype gibt, die für diesen Zweck passt. Es gibt noch nicht so viele Elektroautos – verschiedene - auf diesem Markt. Und schon gar nicht Kombis, die diese Dimensionierung haben, wo ich dieses Boxengestell hineinbringe und die Boxen dann unterbringe in derselben Menge, wie wir sie jetzt unterbringen. Das ist wirklich diese Automarke – ich möchte jetzt keine Werbung machen – diese Automarke als einzige übriggeblieben. Und jetzt haben wir noch dazu beim Elektroauto – das ist sozusagen das einzige Minus – die Reichweite. Ich kann mir nicht ein Auto mit der Werkstatt dazu in Linz kaufen, wenn ich weiß, ich habe nur 100 bis 120 km Reichweite. Da brauche ich auch einen Akku und das macht keinen Sinn, wenn ich eine schnelle Reparatur brauche. Darum haben wir gesagt, es macht einen Sinn, das in einem Steyrer Betrieb zu machen. Auf den haben wir uns ordentlich draufgekniert und es ist uns von allen Seiten kommentiert worden, weniger geht nicht. Er gibt dieses Auto quasi zu seinem Preis weiter, ohne dass er da großartig daran verdient. Mit Vergleichsangebote tu ich mir hart, weil wenn ich dann in Deutschland – im Ruhrgebiet – das Auto leichter bekomme, weil er es EU weit ausschreibt, habe ich nichts davon – das geht nicht. Also ist es ein praktisches Denken (*unverständlicher Zwischenruf*). Aber wir haben uns sehr wohl mit den verschiedenen Möglichkeiten beschäftigt. Noch einmal zusammenfassend. Bei der Rechnung, die unser Peter Hochgatterer gemacht hat, kommt zumindest Kostenneutralität heraus, wobei er auch betont hat, er "hat es schlechter gerechnet" das Elektroauto, damit wir sozusagen nicht in diese Lage kommen, nachher sagen zu müssen, wir haben uns vertan. Das ist das andere. Und wenn man – und das haben mir auch alle Techniker bestätigt – wenn man ein Paradebeispiel für die Sinnhaftigkeit des Einsatzes eines Elektrofahrzeuges konstruieren würde, man würde „Essen auf Rädern“ nehmen. Sie haben kurze Betriebsdauer pro Tag – das heißt, die Autos sind 3 bis 3,5 Stunden unterwegs – sie haben absehbare Distanzen im Bereich von ungefähr 30 bis 50 km, sie haben was – ich hoffe Sie bestätigen mir das jetzt wieder – was ein Verbrennungsmotor nicht so gerne mag – nämlich dauernd wechselnde Bediener – einem Elektromotor ist das

„blunzn wurscht“. Und wir haben – Kollege Apfelthaler hat es auf ausländisch gesagt, ich sage es auf Deutsch – wir haben Autos (*unverständlich*)

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Der Kollege Apfelthaler fährt ja, glaube ich, auch ein Elektroauto.

STADTRAT DR. MICHAEL SCHODERMAYR:

Nein, warte ein wenig, ich bin noch nicht fertig. Also sie fahren von Haustüre zu Haustüre, was für einen Verbrennungsmotor – also wie ich mir einen Diesel gekauft habe, hat der Autoverkäufer gesagt, das ist ein Blödsinn, weil ich fahre auch von Haustüre zu Haustüre ... Das heißt, wir haben alle Vorteile oder alle Bedingungen, die erfüllt sein sollten, damit man auch Elektroautos sinnvoll einsetzt und deswegen haben wir uns dafür entschieden. Nicht, weil wir lustig sind, sondern weil wir diese Punkte sehr rational abgewogen haben und noch dazu – das sage ich jetzt ganz bewusst, weil eine Menge junger Leute da sind – weil wir ein Stück weiter auch ein Signal setzen wollten, dass man durchaus bei Neuanschaffungen, bei neuen Investitionen in diesem Bereich, so etwas wie eine Vorbildwirkung haben wollten. Was wir auch zeigen wollen, auch wenn es nur ein Micky-Maus-Projekt ist – wir denken daran und wir denken vor allem an die Zukunft unserer Jugend. In diesem Sinne – und vor allem in der Erotika – der sprichwörtlichen – Erotika der Politik auch ein bisschen Tribut zu zollen und weil ich den Antrag durchaus sexy finde, ersuche ich alle, diesem Antrag mit vibrierendem Leben zuzustimmen. Danke.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Jugendhilfe und soziale Dienste vom 5. September 2013 wird dem Ankauf von vier Zustellfahrzeugen bei der Fa. Sonnleitner GmbH, Wolfenstraße 3, 4400 Steyr, samt erforderlicher Ausstattung und Elektroinstallation bei den Abstellplätzen der Tiefgarage des Betreibbaren Wohnen Münchenholz zugestimmt.

Zum genannten Zweck werden Mittel im Ausmaß von Euro 61.500,-- bei der VAST. 5/423000/040000 für 2013 freigegeben sowie eine Kreditüberschreitung im Ausmaß von Euro 61.500,-- bei derselben VAST. bewilligt.

Die Deckung dieser Kreditüberschreitung hat durch Darlehensaufnahme zu erfolgen.

Die erforderlichen Mittel für das Jahr 2014 in der Höhe von Euro 56.500,-- sollen ebenfalls bei der VAST. 5/423000/040000 vorgesehen und freigegeben werden. Die Deckung hat durch Darlehensaufnahme zu erfolgen.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Liebe Kolleginnen und Kollegen. Sie haben den Antrag gehört. Sie haben keine Wortmeldung. Tut mir leid, dass müssen wir draußen besprechen dann. Wer für diesen Antrag ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Wer ist gegen diesen Antrag? Wer übt Stimmenthaltung? Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen.

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen.

Der Antrag wurde wie folgt **angenommen**.

Anwesende Gemeinderäte: **31**

Zustimmung: **25**

SPÖ 17 – (Bgm. Gerald Hackl, Vbgm. Walter Oppl, Vbgm. Wilhelm Hauser, StR Dr. Michael Schodermayr, StRⁱⁿ Ingrid Weixlberger, GR Rudolf Blasi, GR Ernst Esterle, GRⁱⁿ Helga Feller-Höller, GRⁱⁿ Monika Freimund, GRⁱⁿ Rosa Hieß, GR Ing. Franz-Michael Hingerl, GR Thomas Kaliba, GR Mag. Gerhard Klausberger, GRⁱⁿ Eri-

ka Loibl MAS, GRⁱⁿ Birgit Schörkhuber, GR Rudolf Schröder, GR Mag. Erwin Schuster)

WB ÖVP-Bürgerforum Steyr 5 – (GRⁱⁿ Dr. Brigitta Braunsberger-Lechner, GRⁱⁿ MMag. Michaela Frech, GR Mag. Wolfgang Glaser, GRⁱⁿ Eva-Maria Leitner; GRⁱⁿ Ursula Voglsam)

GRÜNE 3 – (GR Kurt Apfelthaler, GR Mag. Reinhard Kaufmann, GRⁱⁿ Natascha Payrleithner)

Ablehnung: 6

FPÖ 6 – (StR Dr. Helmut Zöttl; GR Roman Eichhübl; GRⁱⁿ Michaela Greinöcker; GR Josef Holzer; GR Ing. Kurt Lindlgruber; GR Hans Payrleithner)

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Ich bedanke mich für die Berichterstattung und darf als nächsten Berichterstatter Stadtrat Markus Spöck ersuchen.

Die anwesenden Schülerinnen und Schüler des BRG Steyr verlassen die Sitzung.

KLASSENLEHRER:

Wir möchten uns beim Herrn Bürgermeister bedanken, dass wir..... danke dir.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Noch einmal Entschuldigung, dass wir keine Plätze aufwarten haben können, aber.....

KLASSENLEHRER:

Nein, das macht nichts. Wir haben ein bisschen einen Einblick in die Kommunalpolitik gewonnen und wir danken für die gute Unterhaltung.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Empfehlen Sie uns weiter. Das Publikum ist fort, wir kommen zum Normalprogramm. Bitte Markus.

BERICHTERSTATTER STADTRAT MARKUS SPÖCK, MBA:

**6) BauStrP-22/13
BauStr-2/13**

**Straßenneubau Mannlicherstraße im Bereich Zufahrt
Almauer bis Moserstraße; Dringlichkeitsbeschluss.**

STADTRAT MARKUS SPÖCK, MBA:

Sehr geehrtes Präsidium, liebe Damen und Herren des Gemeinderates. Beim ersten Tagesordnungspunkt von mir geht es um den Straßenneubau Mannlicherstraße. Sie werden sicher schon gemerkt haben, dass diese Woche die Bauarbeiten begonnen haben. Ein bisschen schwierig gerade mit dem Wetter, weil es nicht ganz so hinhaut und daher auch ein bisschen länger dauern wird – aber es ist grundsätzlich egal. Das Grundprojekt selbst heißt Aufschließung der Gerstmayrstraße über die Moserstraße. Das heißt, wir wollen einerseits die Linksabbieger in die Ennser Straße unterbinden und die Lastwagen über die Moserstraße in die Ennser Straße abführen können und andererseits soll es ein Vorgriff sein auf die Westspange und es soll eine Verbindungsstraße als Parallelstraße zur Ennser Straße in Zukunft errichtet werden, die sich vom Bereich der Westspange bis in Richtung Neumannstraße – Richtung Interspar – erstrecken wird. Wir haben das deswegen als Dringlichkeit drinnen, da die Firma Almauer einen Umbau ihres Betriebsgebäudes hat und einen Teil dieser Straße –

wir haben diese Vereinbarung ja auch schon einmal beschlossen – einen Teil dieser Straße übernimmt. Wir müssen somit für den zweiten Teil der Straße, das heißt hinter dem Grundstück Firma Almauer bis hin zur Moserstraße auskommen und dafür haben wir eine Ausschreibung gemacht und haben uns – noch einmal zum Wort Dringlichkeit – dafür entschlossen, dass wir das gleich gemeinsam mit der Firma Almauer mitmachen und wie ich anfangs gesagt habe, ist das Bauvorhaben ja derzeit schon in Umsetzung. Der Bestbieter von den sechs Ausschreibungen war die Firma Held & Francke mit einem Betrag von brutto € 94.373,14 und ich ersuche diesem Dringlichkeitsbeschluss zuzustimmen.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III, FA Hoch- und Tiefbau, vom 5. August 2013 wird der Straßenneubau der Mannlicherstraße im Bereich Zufahrt Almauer bis August-Moser-Straße und der damit verbundenen Auftragsvergabe an die Fa. Held & Francke, Steyr, zum Preis von EUR 94.343,14 inkl. USt. zugestimmt. Zur finanziellen Bedeckung wird der Mittelfreigabe in Höhe von EUR 95.000,-- inkl. USt. Bei VSt. 5/612000/002000 „Gemeindestraßen – Asphaltierungsprogramm 2014“ grundsätzlich zugestimmt. Die Finanzierung erfolgt aus dem Budget ab Jänner 2014. Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in der Höhe von EUR 95.000,-- notwendig, die hiemit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Mir liegt dazu keine Wortmeldung vor. Ist jemand gegen diesen Antrag? Übt jemand Stimmenthaltung? Somit wurde der Antrag einstimmig angenommen.

Bei der Abstimmung nicht anwesend: 3

GR Kurt Apfelthaler, GRⁱⁿ Helga Feller-Höller, GR Mag. Erwin Schuster

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen.

Der Antrag wurde **einstimmig** angenommen.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Dankeschön, bitter nächster Punkt.

7) BauH-129/10

Hangstabilisierung Roglwiese, Erweiterung des Auftrages zur Erarbeitung eines Ausführungsprojektes samt Ausschreibung und Bauüberwachung.

STADTRAT MARKUS SPÖCK, MBA:

In meinem zweiten Bericht geht es noch einmal um die Hangstabilisierung Roglwiese. Wir haben damals beschlossen, Planungskosten in der Höhe von € 50.000,--. Und wie wir wissen, hat sich die Planung etwas verändert, weil dieser ursprünglichen Planung die Geschädigten damals nicht zugestimmt haben. Wir haben sie jetzt insofern abgeändert, dass man auf die Messdaten der Pfahlbohrung des letzten Jahres noch mit eingegangen sind. Sind auch auf die Anregung des Gerichtsgutachters eingegangen, der ja damals gesagt hatte, ob wir nicht auch eine Hangentwässerung vornehmen sollten, nicht nur eine Hangstabilisierung. Wir haben das ausarbeiten lassen – die € 50.000,-- haben wir beschlossen. Aber aufgrund der neuen Planung brauchen wir noch einmal das Doppelte. Das heißt, wir kämen jetzt auf € 99.950,--. Ich darf vielleicht dazu sagen, dass wir dieser Tage jetzt mit den Geschädigten

und Betroffenen ein gemeinsames Gespräch gehabt haben und ihnen dieses Konzept vorgestellt haben. Und es ist etwas eingetreten, das wir erhofft haben. Die Hälfte der Anwesenden – das sind insgesamt 10 Unterschriften – haben gleich vor Ort unterschrieben und ich glaube, dass ist ein ganz gutes Signal auch in Richtung unserer Stadt, dass da gleich symbolisiert worden ist, ja wir sind mit diesem einverstanden. Drei – glaube ich – waren nicht anwesend, zwei haben es sich noch mitgenommen zum anschauen bzw. mit dem Rechtsanwalt durchzusprechen. Aber ich glaube an und für sich – wir haben es zuerst schon gehabt – es ist jetzt ein Projekt, wo wir den Betroffenen helfen können und auch helfen wollen. Somit ist diese Frage, die wir immer da so im Raum stehen gehabt haben bezüglich irgendwelchen Haftungen, geklärt. Ich glaube, das haben wir auch ein für alle mal erledigt, sodass wir natürlich dann auch die volle Haftung haben. Darum ersuche ich um eine € 50.000,-- (exkl. USt.) Erhöhung für die Planungskosten für den Rutschhang Roglwiese.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des vorstehenden Amtsberichtes der Fachabteilung für Privatrechtsangelegenheiten vom 19.08.2013 wird der Planungsgemeinschaft ZT Fritsch GmbH, DI Wolfgang Landrichter, Geotronic-Bodenmechanik und Dr. Peter Baumgartner, Geo Traunkirchen-Baugeologie, entsprechend dem Angebot vom 02.08.2013 der Auftrag zur Ausarbeitung eines Projektes für die Stabilisierung des Rutschhanges Roglwiese erteilt. Zur Bedeckung der Kosten für die Auftragserteilung ist zusätzlich zu dem mit Beschluss des Gemeinderates vom 20.09.2012 freigegebenen Betrages von € 60.000,00 ein weiterer Betrag in Höhe von € 60.000,00 inkl. USt. bei der VA-Stelle 5/030000/728000 als Kreditüberschreitung erforderlich. Die Deckung dieser Kreditüberschreitung hat durch Darlehensaufnahme zu erfolgen.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in Höhe von € 60.000,00 notwendig, die hiermit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt.

Gemäß § 47 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr wird der Magistrat zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Auch dazu liegt mir keine Wortmeldung vor. Übt jemand Stimmenthaltung? Ist wer gegen diesen Antrag? Das ist nicht der Fall. Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Bei der Abstimmung nicht anwesend: 2

GRⁱⁿ Helga Feller-Höller, GR Mag. Erwin Schuster

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen.

Der Antrag wurde **einstimmig** angenommen.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Ich bedanke mich für die Berichterstattung und darf die Stadträtin Weixlberger ersuchen. Bitte Ingrid.

BERICHTERSTATTERIN STADTRÄTIN INGRID WEIXLBERGER:

8) Fin- 142/13

Nachmittagsbetreuung in den Steyrer Volksschulen Tabor, Promenade/Berggasse, Resthof und Gleink im Rahmen der ganztägigen Schulform; Vergabe für die Schuljahre 2013/14 und 2014/15.

STADTRÄTIN INGRID WEIXLBERGER:

In meinem ersten Antrag geht es um die Nachmittagsbetreuung in den vier Steyrer Volksschulen Tabor, Promenade, Resthof und Gleink in Zusammenhang mit der ganztägigen Schulform. Für die beiden Schuljahre 2013/14 und 2014/15 beträgt die Gesamtsumme € 381.100,--. Gehen tut es jetzt um den Betrag von € 63.800,-- für das Jahr 2013.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung Schule und Sport vom 3. Juli 2013 wird die Beauftragung des **BFI OÖ** für die Nachmittagsbetreuung in den Steyrer Volksschulen Tabor, Promenade/Berggasse, Resthof und Gleink für die Schuljahre 2013/2014 sowie 2014/2015 mit einer **Gesamtsumme von € 381.100,--** genehmigt.

Budgetjahr 2013: € 63.800,--

Budgetjahr 2014: € 190.600,--

Budgetjahr 2015: € 126.700,--

Zum genannten Zweck werden Mittel im Ausmaß von

€ 63.800,-- bei der VASSt 1/211000/728200

für das Rechnungsjahr 2013 freigegeben.

Die weiteren Mittel für die Jahre 2014 und 2015 sind in den Budgetvoranschlägen vorzusehen.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat Steyr gem. § 47 Abs. 5 StS 1992 zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Mir liegt keine Wortmeldung vor. Wer für diesen Antrag ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Ist jemand gegen diesen Antrag? Übt jemand Stimmenthaltung? Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Bei der Abstimmung nicht anwesend: 2

GRⁱⁿ Helga Feller-Höller, GR Mag. Erwin Schuster

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen.

Der Antrag wurde **einstimmig** angenommen.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Bitte nächster Punkt.

9) Fin-204/12

Ganztagsschule Steyr; Nachmittagsbetreuung; VS Promenade; nachträgliche Beschlussfassung.

STADTRÄTIN INGRID WEIXLBERGER:

In meinem zweiten Antrag geht es um die nachträgliche Beschlussfassung im abgelaufenen Schuljahr – für das Schuljahr 2013 – für die Nachmittagsbetreuung in der Promenade, wo es notwendig wurde, aufgrund der Aufsichtsbeschwerde ... und da geht es um die Gesamtkosten von € 51.665,--, die bereits abgerechnet wurden.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Präsidiales und Bürgeranwalt vom 26. August 2013 wird der beigeschlossene Vertrag mit dem BFI OÖ über die Nachmittagsbetreuung in der VS Promenade mit Gesamtkosten von € 51.665,02 genehmigt.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Eine Wortmeldung. Mag. Frech – bitte Michaela.

GEMEINDERÄTIN MMAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, geschätzte Gäste. Die Kollegin Weixlberger hat schon eingangs zitiert, diese nachträgliche Beschlussfassung ist der Ausfluss dessen, dass es von unserer Fraktion eine Aufsichtsbeschwerde gegeben hat – an das Land Oberösterreich. Und wo das Land Oberösterreich eindeutig zu dem Ergebnis gekommen ist, dass dieser Beschluss nachgeholt werden muss, so wie auch die Kollegin Weixlberger das gesagt hat. Wir haben allerdings jetzt ein Problem, dem jetzt hier zuzustimmen – aufgrund des Amtsberichtes, weil im Amtsbericht selbst wieder steht, dass die Stadt nach wie vor die Rechtsauffassung des Landes nicht teilt, obwohl es inzwischen eine endgültige Stellungnahme gibt. Wir haben kein Problem, diesem Antrag zuzustimmen, wenn dieser Passus heraus ist – der letzte Absatz, dass man nach wie vor diese Rechtsauffassung des Amtes der OÖ Landesregierung nicht teilt, weil wir teilen diese Rechtsauffassung sehr wohl und wir würden sonst auch wieder diesem Amtsbericht die Zustimmung geben und eine Anmerkung dazu noch – ich finde es schon höchst eigenartig, für mich als Mandatarin – für jeden als Mandatar – wenn ich in einem Amtsbericht – zwar als Zitat finde, da gab es eine Vorgeschichte, da gab es eine Aufsichtsbeschwerde – wir teilen nicht die Meinung des Amtes der OÖ Landesregierung, aber wir legen auch nicht das Ergebnis dieser Aufsichtsbeschwerde – und das gibt es seit 30. Juli – diesem Amtsbericht bzw. diesem Akt bei. Das halte ich schon für ein bisschen eigenartig, weil auf der einen Seite zu zitieren, wir teilen nicht die Auffassung des Landes – aber ich habe als Mandatar nicht einmal die Möglichkeit zu schauen, was ist denn überhaupt die Auffassung des Landes. Ich habe sie gehabt – klarerweise. Aber der Rest, der diese Aufsichtsbeschwerde nicht kennt, weiß das nicht. Und es ist schon auch ganz interessant, dass im Ausschuss Schule, Sport und Liegenschaften schon zu einem früheren Zeitpunkt – da gab es ja bereits mit März ein Schreiben des Landes Oberösterreichs, wo genau diese Rechtsauffassung, die auch wieder am 30. Juli kundgetan worden ist, vollinhaltlich beibehalten worden ist – wo ich dann gebeten habe – im Ausschuss Schule, Sport und Liegenschaft – man möge doch bitte allen Mitgliedern, damit man weiß worum es überhaupt geht, unsere Aufsichtsbeschwerde schicken – die Stellungnahme – und dann auch die Stellungnahme des Landes. Die Antwort war nein, das ist ja eigentlich noch ein laufendes Verfahren, ein schwebendes Verfahren, denn wir teilen die Rechtsauffassung. Das heißt, es gab keine Aussendung an die Mitglieder des Ausschusses, sowie es von mir gewünscht und verlangt worden ist. Jetzt gibt es diese endgültige Rechtsmeinung – da wird nichts anderes mehr kommen – die vom 30. Juli ist fix, da wird das Land nichts mehr ändern – die ist ident mit der vom März. Spätestens jetzt gehört das thematisiert, gehört diese Information an alle aus dem Ausschuss Schule, Sport und Liegenschaften ausgegeben und vor allem gehört das dem Amtsbericht beigelegt bzw. dem Akt beigelegt, wo ich mir dann ein Urteil bilden kann – ja ist das jetzt wirklich so, dass das Land da eine ganz gute Rechtsauffassung vertritt oder nicht. Aber das ist ja nicht einmal dabei. Damit Sie sich selbst ein Urteil bilden können – im Haus fand man es nicht der Mühe wert, empfindet es ist nicht notwendig, dass man diese Information hat – ich möchte es Ihnen zur Kenntnis bringen. Wen es interessiert, der kann es lesen, wer nicht, wirft es in den Papierkorb, aber ich finde, es sollte jeder die Information haben, wenn er eine Beschlussfassung macht. Und wie gesagt, das Land Oberösterreich hat seine Meinung nicht geändert. Da habe es eine Reihe von Vorfällen gegeben, die nicht passen. Aufgrund dessen wird auch heute diese nachträgliche Beschlussfassung gemacht, aber wie gesagt, wir können nur dann zur nachträglichen Beschlussfassung – die schon früher hätte erfolgen soll – zustimmen,

wenn Sie den letzten Passus abändern, weil alles andere wäre also wirklich ein Affront gegenüber der Rechtsbehörde des Landes Oberösterreich. Also ich stelle hiermit diesen Abänderungsantrag, dass der letzte Absatz des Amtsberichtes ersatzlos gestrichen wird. Der letzte Satz lautet: - der Aufforderung der Aufsichtsbehörde entsprechend werden die 5 Verträge für die Nachmittagsbetreuung in fünf Steyrer Volksschulen für das Schuljahr 2012/13 nachträglich zu beschließen.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:
Fertig?

GEMEINDERÄTIN MMAG. MICHAELA FRECH:
Ja.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:
Wir stimmen hier nicht über den Amtsbericht ab. Wir können gerne, wenn es dir Freude macht – und ich mische mich sowieso nicht in die Debatten der Juristen ein – diesen Satz aus dem Amtsbericht streichen. Aber beschließen tun wir nicht den Amtsbericht, sondern den Beschluss.....

GEMEINDERÄTIN MMAG. MICHAELA FRECH:
Aber aufgrund des Amtsberichtes.....

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:
Ja, du hast eh schon erläutert. Also den Amtsbericht, den können wir gerne streichen, weil es wirklich wurscht ist. Wir reden über Dinge, die seit einem Jahr geschehen sind. Wir reden über Dinge, die nicht rechtswidrig waren, sondern wo ein Formalfehler aus Sicht der Landjuristen passiert ist. Weil wir hätten diesen Beschluss im Stadtsenat und somit im Gemeinderat fassen müssen. Unsere Juristen finden nach wie vor, dass das nicht stimmt. Ich verstehe die Emotion dabei das man sagt, naja, aber eigentlich ... noch dazu hat es ja ein Gespräch gegeben beim Land Oberösterreich, wo – so wie mir der Herr Magistratsdirektor geschildert hat und er war nicht alleine drüben – die Auskunft oder die Gesprächsbereitschaft seitens der Landesbehörde eine ganz andere war und wir waren – oder unsere Juristen – waren ganz erstaunt, wie wir dann diese Antwort zurückkriegen, wo sich – wie du richtig sagst – kaum etwas geändert hat an der ersten Rechtsansicht. Aber egal, wir müssen es ohnehin zur Kenntnis nehmen – es gibt immer „Ober und Unter“ bei einem Spiel und wir sind da nicht Ober, sondern die Landesbehörde. Aber wir reden über was ... der Vertrag ist erfüllt, die Kinder sind betreut, es ist alles erledigt. Wir reden über was, was längst Geschichte ist und jetzt machen wir nur diesen Formalakt, dass wir den Vertrag auch noch beschließen, weil es sich die einbilden. Ich weiß, es ist ein bisschen überspitzt. Sie haben da Ihre Rechtsansicht und wir tun das jetzt, weil ich eine Ruhe haben will, mit dem wirklich völlig – ja, nicht wichtigem Detail – ob wir jetzt noch einen Beschluss nachholen oder nicht, dass irgendwer Recht hat oder nicht. Ich bin gerne bereit, dass wir aus dem Amtsbericht diesen Passus streichen. Hat da jemand etwas dagegen, weil an der Sache ändert es nichts, weil es ist ja eine Rechtsmeinung unserer Juristen. Man kann schon der Meinung sein, muss nicht drinnen stehen - ist nämlich wirklich auch wurscht, ob das drinnen steht oder nicht – wenn das hilft. Aber, wie gesagt, ich möchte nur feststellen – es ist alles korrekt abgewickelt worden, die Kinder sind betreut worden – das Betreuungspersonal wurde bezahlt, die haben auch den Auftrag zu Recht bekommen, die Referentin war auch berechtigt, den Beschluss damals ... also ... (VIZEBÜRGERMEISTER WALTER OPPL -die Vergabe)

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:
.....die Vergabe so zu fassen. Das haben wir auch alles klären lassen. Ja, und jetzt geht es im Endeffekt – die Juristen nennen das „nachträgliches Heilen“. Wir tun das.

Unverständlicher Zwischenruf

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Gut. Gibt es noch etwas von deiner (StRⁱⁿ Weixlberger) Seite dazu, dann würde ich ersuchen, dann stimmen wir so ab mit dem Hintergedanken, dass im Amtsbericht diese Zeile, diese subjektive Meinung unserer Juristen, nicht mehr aufscheint. Wird geschwärzt – soll es eh schon einmal wo anders auch gegeben haben – in irgend einem Ausschuss. Wer für diesen Antrag in der geschwärzten Form ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Ist jemand gegen diesen Antrag? Übt jemand Stimmenthaltung? Bedanke mich. Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

*Bei der Abstimmung nicht anwesend: 1
GR Mag. Erwin Schuster*

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen.
Der Antrag wurde **einstimmig** angenommen.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Wir haben das juristisch geheilt. Nächster Punkt bitte.

10) K-60/13

Rettungsverdienstmedaille der Stadt Steyr; Verleihung an Mitarbeiter/innen des Roten Kreuzes 2013.

STADTRÄTIN INGRID WEIXLBERGER.

In meinem nächsten Punkt geht es um die Rettungsverdienstmedaille der Stadt Steyr an die Mitarbeiter/innen des Roten Kreuzes. In Bronze für 15 Jahre, in Silber für 20 Jahre und in Gold für 25 Jahre. Ich nehme an, es hat jeder gelesen, wer vorgeschlagen wurde und ich ersuche um Zustimmung.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Kulturangelegenheiten vom 23. August 2013 wird der Vergabe der Rettungsverdienstmedaille der Stadt Steyr an die nachstehenden Personen aufgrund ihrer langjährigen verdienstvollen Tätigkeit im Rettungsdienst zugestimmt:

Rettungsverdienstmedaille in **Bronze** – für 15-jährige Mitarbeit

Bettina Busek
Christian Eiblwimmer
Ronald Freudenthaller
Adrea Krebs
Marta Maria Kulcsar
Birgit Ratzberger
Daniela Springer

Rettungsverdienstmedaille in **Silber** – für 20-jährige Mitarbeit

Mag. Alexander Stellnberger
Heinz Trummer

Rettungsverdienstmedaille in **Gold** – für 25-jährige Mitarbeit

Ing. Robert Schmidt
Dipl.-Ing. Dr. Wolfgang Stöckl
Klaus Schnopfhagen

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Mir liegt keine Wortmeldung vor, für diese ehrenvolle Auszeichnung. Wer für diesen Antrag ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Ist jemand dagegen? Übt jemand Stimmenthaltung? Das ist nicht der Fall. Somit wurde auch dieser Antrag einstimmig angenommen. Bedanke mich.

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen.

Der Antrag wurde **einstimmig** angenommen.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Wir kommen zu dem von allen Fraktionen eingebrachten Dringlichkeitsantrag. Ich habe im Vorfeld schon erläutert, worum es uns allen geht.

Dringlichkeitsantrag gem. § 7 GOG – Resolution zur Verbesserung der Personalsituation des Steyrer Stadtpolizeikommandos

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Wer wünscht dazu das Wort? Mir liegt keine Wortmeldung vor. Wenn das nicht der Fall ist, dann kommen wir zur Abstimmung über diesen Dringlichkeitsantrag bzw. über diese Resolution.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Ja, Moment, Moment ...

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Ich habe gesagt.....

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Nicht so schnell, Herr Bürgermeister.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Er hat gefragt, wer eine Wortmeldung hat.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Ich habe eine Wortmeldung zur Resolution.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Das habe ich gefragt. War eh erstaunt, dass es keine gibt.

Unverständliche Zwischenrufe

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Aber ich habe geschaut. Ja, Roman bitte, selbstverständlich. Bitte.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, geschätztes Präsidium. Es wäre ja wirklich überraschend gewesen, wenn es dazu keine Wortmeldung gegeben hätte, habe ich gerade vernommen, dem kann ich durchaus beipflichten und der Herr Apfelthaler hat bereits angekündigt, wenn ich mich zu Wort melde, wird er das auch tun. Aber nun zur Sache. Ich werde mich kurz fassen, meine Damen und Herren. Aber ich darf Ihnen schon bekannt geben, dass wir natürlich diese Resolution, die ja eine Verbesserung oder bzw. die Forderung nach Verbesserung der Personalsituation der Steyrer Polizei zum Inhalt hat, die wohl unterstützen. Allerdings möchte ich schon einschränkend sagen, dass sich die Hoffnung von uns, dass

sich etwas ändert oder in kürzester Zeit verbessert, in Grenzen hält. Und zwar darf ich daran erinnern, dass vor gut einem halben Jahr aufgrund einer Anfrage eines Freiheitlichen Mandatars im Nationalrat sich herausgestellt hat, dass die Stadt Steyr von allen Bezirken in Oberösterreich – was die Besetzung bei der Polizei betrifft – die höchste Unterbesetzung aufweist. Damals wurde von 12 Personaleinheiten gesprochen. Und was ist passiert? Nichts, außer einer Verschlechterung – aus einer Verschlechterung. Denn jetzt sind wir bereits bei einem Unterbestand der Personaleinheit Steyr von 17 Personaleinheiten. Und wir haben ja erst vor kurzem bei der Fraktionsvorsitzendenbesprechung darüber diskutiert, was die eventuelle Aufstellung von Videokameras betrifft und in den problematischen Stadtteilen – Sie wissen von welchen Teilen ich spreche – eine Verbesserung eintritt und das dort im Interesse der Bevölkerung endlich etwas geschieht. Weil es durchaus verständlich ist, dass auf der einen Seite natürlich die Polizei nicht überall und zu jeder Zeit sein kann und dass die gute Arbeit der Polizei an und für sich durch eine Aufstellung oder durch mehrere Kameras eben entsprechend unterstützt werden würde. Und da haben wir erfahren – aus dem Mund des Herrn Bürgermeisters – dass damit zu rechnen ist, dass eine Genehmigung von der Datenschutzkommission, die man dazu braucht um derartige Kameras aufzustellen – eher nicht zu erhalten wäre, weilja, um das volkstümlich zu sagen – bis jetzt dort zu wenig passiert wäre. Dem, meine Damen und Herren, schließen wir uns nach wie vor nicht an. Sondern wir vertreten nach wie vor die Auffassung, dass man alles daran setzen sollte – auch unter der Prämisse, dass eine Verbesserung eintritt – durch Überstunden, durch mehr Streifgänge oder aber auch durch eine Aufstockung bei der Polizei in personeller Hinsicht – es notwendig ist, in Zukunft Kameras zu installieren, um – wie gesagt – diesem ganzen Problem doch Herr zu werden und vor allen Dingen auch die Polizei entsprechend zu unterstützen. Denn nicht zu Unrecht fragen viele – und daher wird die Forderung immer größer – was muss denn noch passieren? Was muss denn noch passieren in diesen sehr problematischen Stadtteilen, um endlich dort die Möglichkeit zu bekommen, Kameras aufzustellen. Daher nochmals abschließend – selbstverständlich – wir unterstützen diese Resolution auf Verbesserung der Personalsituation, aber vor allen Dingen auch verbunden – das unterstreiche ich nochmals – mit der Forderung alles daranzusetzen, in den angesprochenen Stadtteilen Kameras zu installieren.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Dankeschön. Wünscht noch jemand das Wort? Bitte Willi.

VIZEBÜRGERMEISTER WILHELM HAUSER:

Meine sehr geschätzten Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat, wertige Gäste. Also, emotional kann ich dem Roman Eichhübl durchaus etwas abgewinnen, was so die Gefühlslage und die Situation betrifft. Auf der anderen Seite denke ich mir trotzdem, wir leben in einem Rechtsstaat. Und in einem Rechtsstaat gibt es Grundlagen, gibt es Richtlinien, gibt es Gesetze, gibt es Verordnungen – all dieser Dinge mehr. Und es gibt einen eindeutigen Zugang dazu, dass also für die Antragstellung von Videoüberwachungen, die Landespolizeidirektion bzw. die Sicherheitsbehörden zuständig sind – und das sie das auf Fakten begründen. Und wir wissen, die Fakten schauen derzeit so aus – und ich kann mir nicht vorstellen, dass der Stadtpolizeikommandant hier sozusagen eine falsche Aussage macht, weil er hat überhaupt nichts davon, wenn er auf der einen Seite sagt – natürlich sagt er, dass solche Überwachungsmechanismen ihnen helfen würden, aber auf der anderen Seite sieht er selber nicht wirklich eine Chance dazu. Denn die Fakten sagen eindeutig, dass die Delikte von 2012 auf 2013 zurück gegangen sind – und zwar erheblich. Und der Herr Bürgermeister hat ja die Zahlen vor sich und kann das durchaus auch noch dokumentieren und argumentieren. Aber ich sage euch nur, wenn wir solche Dinge verlangen, dann muss das trotzdem auf dem Boden des Rechtes basieren. Und wenn wir als Stadt selbst keine Chance haben so etwas zu tun, sondern die Sicherheitsbehörden das biegen müssen und die Sicherheitsbehörden sagen, die Fakten reichen nicht aus, dann ist das halt äußerst schwierig. Und nur um einen Antrag wegzuschicken und die Bevölkerung zu beruhigen, dass man eh was getan hat und man bekommt dann zurück, dass es nicht geht – aus diesen und jenen Gründen – da ist es mir schon lieber, wir beschließen so eine Resolution und schauen, dass mehr Personal her

kommt nach Steyr und dass die Fehlstellen, die vorhanden sind, besetzt werden und dass vor allen Dingen – und der Herr Bürgermeister hat ja das schon am Anfang der Gemeinderatssitzung kräftig untermauert – vor allen Dingen das Überstundenkontingent für diese zusätzlichen Streifen genehmigt wird. Weil das, was ich schon glaube ist, dass durch diese Streifen dieses reduzieren der Delikte zu Stande gekommen ist. Und daher ersuche ich eindringlichst, diese Resolution auch zu unterstützen ohne wenn und aber und auf der anderen Seite kann vielleicht auch das eine oder andere couragierte Handeln dazu beizutragen, mitzuhelfen, dass diese Sicherheitsfaktoren steigen. Denn ich glaube schon, dass es vielleicht das eine oder andere mal auch an der Courage der Einzelnen hängt, so etwas zur Anzeige zu bringen. Und die Polizei kann natürlich letztlich nur auf angezeigte Delikte reagieren.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Dankeschön. Wünscht noch jemand das Wort? Das ist nicht der Fall - Entschuldigung. Michaela bitte.

GEMEINDERÄTIN MMAG. MICHAELA FRECH:

Sehr geehrtes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Gäste. Nur ganz kurz. Ich bin sehr froh, dass es diesen gemeinsamen Dringlichkeitsantrag gibt und ich glaube es liegt jetzt sehr stark an uns allen als Fraktionen, das auch einzufordern was da oben steht – nämlich sowohl beim Bundesministerium für Inneres wie auch bei der Landespolizeidirektion. Es kann nicht sein, dass wir eine derartige Unterbesetzung der Polizei haben. Und wenn man sich anschaut, was die polizeiinternen Unterlagen selbst präsentieren, dass der Personalstand weiter sinkt, dass es große Abgänge geben wird zwischen 2016 bis 2022, das Durchschnittsalter steigen wird ... man kann sich vorstellen, die Probleme die sich daraus ergeben. Das heißt, wir müssen wirklich im Sinne dessen - dass die Stadt und die Bevölkerung sicherer wird auch sehr viel mehr an Polizei präsent haben – da meine ich jetzt nicht die Polizei aus Sicht jener, die Kriminelle oder wie auch immer erwischen muss, sondern einfach die Präsenz alleine – glaube ich – bewirkt schon sehr viel, weil – wie man weiß – ich sehe weit und breit keine Polizei – da passiert was. Ich möchte mich aber nicht mit dem zufrieden geben, was die Resolution anbelangt – das ist der eine Punkt. Der zweite Punkt ist, man muss jetzt auch schauen, die Ursachen zu beseitigen und ich glaube auch, dass es wichtig wäre, jene ins Boot zu holen – an einen runden Tisch zu holen – die letztlich auch verantwortlich sind, dass es diese Alkoholprobleme gibt – Stichwort Gastronomie. Es kann nicht sein, dass Personen abgefüllt werden bis zum Exzess – das geht nicht. Das ist auch nicht im Sinne der Gastronomie. Und ich glaube, dass man hier auch sehr wohl mit den Lokalbetreibern reden sollte. Mir ist schon klar, man kann niemandem etwas vorschreiben, aber sie schaden sich ja selbst, wenn sie das zulassen. Das kann nicht in unserem Sinne sein. Aber ich glaube (*unverständlich*) und es ist ein erster sehr wichtiger Schritt, an dem man aber dran bleiben muss, weil ich glaube, dass ist schon schockierend, wenn man sagt, wir haben einen Unterbestand von 17 Personen. Ich glaube, da kann die Steyrer Polizei noch so gut arbeiten unter dem Herrn Moser – und das tut sie. (*unverständlich*)

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Bedanke mich. Ich darf vielleicht noch zwei Informationen zu dem Thema dazugeben. Wir haben gestern ein Gespräch gehabt mit Anrainern der Pfarrgasse und mit dem Herrn Oberstleutnant Moser und haben den Betroffenen, die ja damals nach diesem letzten Vorfall die Videokameras gefordert haben, gesagt, wie die Rechtslage aussieht und was wir vorhaben, dass wir diese Resolution heute beschließen wollen. Dass wir dafür eintreten, dass die Streifen in dieser Stärke, wie sie schon gemacht wurden, aufrecht erhalten werden können – und dass es eben kein Patentrezept gibt. Der Oberstleutnant Moser hat bei diesem Gespräch ja betont, es geht in die Richtung – Kontrolle der Lokale. Dass regelmäßig in diesen besonderen Lokalen auch Auswärtskontrollen durchgeführt werden, dass die Exekutive hineingeht, die Ausweise sich ansieht und bei den letzten Kontrollen kein einziger Jugendlicher unter 18 angetroffen wurde nach Mitternacht. Das heißt, diese Geschichten, die man da hört und die auch mir erzählt werden, dass in dem einen bestimmten Lokal nur mehr Kinder

drinnen sind und dort abgefüllt werden, das passiert nicht. Die gehen rein, machen nicht nur Ausweiskontrollen, sondern auch Alkoholkontrollen bei Jugendlichen mit Alkovortestgeräten und es gibt kaum bis gar keine Beanstandungen. Also, es ist halt so – ändert nichts daran, dass die Betroffenen dort in diesen Wohngebieten absolut Leidtragende sind, weil – das muss man auch dazu sagen – ich bin bei Gott kein Verteidiger von diesen Lokalbesitzern oder Pächtern – aber es gibt ja genug Randalierer, Betrunkene, Wahnsinnige, die auch von irgendwelchen Gegenden des Stadtplatzumkreises genauso vorbei gehen und in diesen Gassen dann im Endeffekt ja – sich aufführen wie die Irren. Das muss man auch sagen und auch zu dem, das man sagt, man soll die Lokalbetreiber wieder an einen Tisch holen. Wir tun das gerne, wir haben das auch alles schon gemacht. Es ist halt so, es muss in regelmäßigen Abständen wieder gemacht werden. Letzte Information dazu – wir haben nach dem letzten Vorfall auf meine Anweisung hin wieder einmal eine Lärmkontrolle durchgeführt – obwohl keine Anzeige dazu vorlag – Hintergrund ist, weil die Betroffenen oft sagen, ist eh schon wurscht, da tut sich eh nichts. Egal, auf alle Fälle wurde da festgestellt, dass bei einem Lokal die Tonanlage manipuliert war, sprich der Regler, der die bestimmte Dezibelanzahl im Endeffekt limitiert, ausgebaut war. Da gibt es jetzt eine entsprechende Strafe dafür. Wir haben dem Betroffenen auch zugesagt, dass wir diese Lärmkontrollen im Lokal drinnen wiederholen werden, in unregelmäßigen Abständen, dass sie sich nicht mehr sicher sein können, wann da etwas passiert. Das ist nämlich das einzige was die Bezirksverwaltung bzw. die Gewerbebehörde – der Magistrat in dem Fall – tatsächlich tun kann. Dazu ist er berufen – zu sagen, wie laut ist es da drinnen und dann geht es noch um Fluchtwege und Hygiene, aber das ist ja nicht unbedingt das, was die Betroffenen heraußen stört, sondern der Lärm ist es. Also das tun wir und das werden wir auch stärker kontrollieren und mit den verstärkten Streifen oder mit dem Beibehalten der verstärkten Streifen hoffen wir, das Problem etwas in den Griff zu bekommen, zumindest nicht ausufern zu lassen. Im Wissen – und das sage ich da ganz ehrlich, weil das so ist - egal wo das stattfindet – das es keine Patentlösung gibt. Solche Dinge sind nicht abstellbar, weil noch so viele Streifen bieten nicht die Garantie, dass, wenn die Streife vorbei ist, irgend ein Wahnsinniger – ich will das gar nicht gendern – dann im Endeffekt wieder einen Baum ausreißt, irgend was sonst Ärgeres anstellt oder ein Gewaltdelikt setzt - aber das ist einfach so. Ich glaube aber auch, das ist ein erster Schritt – ich bin morgen in Linz beim Landespolizeidirektor-Stellvertreter Fuchs. Da geht es offensichtlich – er hat um den Termin gebeten und ich sage, das passt wunderbar, weil die Diskussion Ruhestörung, Vandalismus in den Nachtstunden ist ja kein Steyrer Problem – zum Glück ganz und gar nicht – sondern, das ist ja ein Problem der größeren Städte. Ein massives Problem auch in Wels und in Linz. Aber da geht es offensichtlich um die Videoüberwachung. Ich werde dort beim Herrn Hofrat Fuchs noch einmal deponieren, dass wir dringend ersuchen und auch dass wirklich fordern, dass diese Personalknappheit abgestellt wird und dass sich zumindest unsere Polizisten, die da wirklich toll arbeiten, nicht dann für zu viel gemachte Überstunden sich vielleicht am Jahresende auch noch rechtfertigen müssen bzw. auch noch Kritik kriegen müssen. Und dann werde ich trotzdem sagen, sie sollen sich was überlegen, weil ich bin auch der Meinung, wenn es ginge, wäre auch eine Videoüberwachung da, aber da wird wahrscheinlich auch die Polizei – die Landespolizeidirektion – nur das sagen können, was im Gesetzestext steht, was alles vorgefallen muss – es ist tatsächlich so – um so eine Videoüberwachung dann installieren zu können. In diesem Sinne, das wollte ich noch weitergeben....Willst du (GR Apfelthaler) zum Schlusswort noch was sagen? Zum Schlusswort, bitte.

Unverständliche Zwischenrufe

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Was mich stört an dieser Diskussion, die ja ein bisschen wohlmeinend war, dass man zuerst einmal schauen soll, dass man diese Organe, die für das zuständig sind – und ich rede jetzt nicht von irgend welchen Wachleuten, die da in der Gegend herumlaufen oder ihre Aufsichtsaufgaben für irgend welche Wirte übernehmen oder sonst was. Sondern ich rede von der Polizei (*unverständlich*) wenn die unterbesetzt sind, dann werden wir darum bitten auf Landesebene und auf Bundesebene, dass dieser Zwiestand aus unserer Sicht behoben

wird. Was ich aber schon noch sagen möchte ist, dass wir im Grunde genommen nur über die Symptome diskutieren und kaum über die Ursachen. Weil es ist lapidar hier zu meinen, naja, wenn es Wirte gibt, die dich halt dann abfüllen, dann werden wir versuchen, das abzustellen – sieht man, dass das ja nicht so ist sondern, es gibt durchaus auch verantwortliche Wirte so wie es auch unverantwortliche Wirte gibt. Ich glaube, das Problem ist mittlerweile das, dass viele schon ein bisschen – wie sagt man – vorglühen, glaube ich – ein bisschen vorglühen, um den notwendigen Schwung in die Abendlandschaft der Steyrer Innenstadt zu bekommen. Ja - und das ist eine Geschichte, die soll uns viel, viel mehr zu denken geben. Das heißt, wie sind denn die gesellschaftspolitischen Umstände der heutigen Jugendlichen. Wie ist denn die Situation überhaupt für die, die mit 13 schon (*unverständlich*) oder vielleicht auch noch viel, viel später mit 17 oder 18. Können sie Perspektiven haben oder Perspektiven haben, die sie nur ertragen, wenn sie „bummfest zu“ sind? Das sollte uns auch zu denken geben – denke ich mir. Ich will ja nicht das strapazieren, was wir eh schon seit Jahren strapazieren – das ein Jugendlicher in Steyr kaum Gelegenheit hat ein Jugendzentrum irgendwie zu besuchen, wo man sich seiner annimmt. Das haben wir eigentlich nicht in dem Ausmaß. Wir haben – und der Herr Bürgermeister sagt es eh immer wieder bei jeder Gelegenheit – wir haben Sportvereine, ja - finde ich äußerst gut, dass es die gibt und dass dort die Möglichkeiten für Jugendliche bestehen, sich dort irgendwie zu messen an den anderen. Aber es gibt auch Jugendliche, die gehen zu keinem Sportverein oder nur halt messen und die sind willens, sich am Wochenende einfach in Gruppen zusammen zu scharren, um dort einmal kräftig Alkohol zu vernichten, damit sie gut gelaunt sind, damit sie gut drauf sind und, und, und Wir haben vor Jahren einmal ... - was auch auffallend ist – und das sage ich auch noch dazu – das ist ja nicht nur der Alkohol, sondern das sind bestimmte Rauschgiftformen, die zu erhöhter Aggression führen. Das Problem haben wir auch in Steyr und das wissen wir auch genau, da brauchen wir uns nicht darüber hinwegtäuschen. Und da wird uns eine Videokamera – eine oder zwei – auch nicht reichen. Vor allem sehe ich überhaupt nicht ein, dass ich, wenn ich die Pfarrgasse hinaufgehe, dass ich dort auf einem Bild erscheine. Wir regen uns auf über die NSA, dass sie uns beschnüffelt, aber in Steyr würden wir das zulassen, dass 99,99% der Personen, die dort laufend vorbeikommen, unschuldige brave Bürgerinnen und Bürger sind, wegen einem, der dann unter Umständen sich hinstellt und einen Baum ausreißt, da haben wir auch nichts davon. Das heißt, wir müssen aufhören, wenn die Leute schreien – tut's was – irgendwas heranzuziehen, wo wir halt glauben – wir glauben es eh nicht wirklich, wir vermuten, dass das was bringt – aber damit keiner sagt, dass wir nichts getan haben ... Auch dieser Versuch mit der Resolution – denke ich mir – ist nur ein Versuch. Aber ich sage, die Problematik ist unter Umständen viel, viel breit gestreuter und wir sollten auch schauen ... wir haben in Steyr einen Verein, der sich besonders mit dieser Situation beschäftigt. Das ist einer von mehreren Initiativen, die es da gibt in diesem Bereich – auch in den Schulen wird genug getan und wir dürfen einfach nicht locker lassen. Und gemessen an anderen Kommunen oder Städten in Oberösterreich oder meinetwegen österreichweit haben wir eine sehr, sehr gut funktionierende Polizei, ja – wenn wir sie lassen. Auf Bundesebene oder auf Landesebene, das heißt, wir statten sie auch aus, dass was ihnen zusteht, was uns laut Bevölkerungsschlüssel zusteht an Polizei und wir haben relativ wenige Fälle, die wirklich – sag ich jetzt einmal – die wirklich kriminell sind und die Statistik sagt es ja, obwohl das eine Halbjahres-Statistik ist, das darf man auch nicht vergessen, was aber natürlich nicht heißt, dass wir in Zukunft gröbere Probleme haben werden und herankommen sehen - und wie gesagt, diese Resolution ist ein Versuch. Wir müssen auch zu anderen Mitteln greifen. Es gibt auch Institutionen, die sich damit beschäftigen und wir müssen was tun, wir dürfen die Augen nicht verschließen.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Danke Kurt. Ich kann nur dem - oder wir werden dem - da gibt es wahrscheinlich niemanden, der dem widerspricht. Nur die großen gesellschaftlichen Probleme werden wir im Steyrer Gemeinderat nicht lösen. Wir werden auch die auseinanderdriftenden Familien nicht zusammenführen können und im Endeffekt braucht man ja nur schauen, in welche Richtung es geht und sich fast mit Schauern abwenden. Ich habe Berichte gesehen und auch gelesen – aber schon die letzten Jahre – was sich in England abspielt, das kann man sich gar nicht

vorstellen. Da werden Ausgehverbote ausgesprochen, dort finden Kriminalität und Alkohol-exzesse statt, die kann man sich nicht einmal ausdenken. Egal, welches Geschlecht. Es muss unglaublich sein, sie sind außer Rand und Band und warum sind sie das? Weil sie Perspektiven los sind, weil sie seit Jahrzehnten keine Arbeit bekommen, weil sie kein Einkommen haben, weil Mord und Totschlag und Gewalt ihr alltägliches Brot ist und, und, und. Aber das ist so, da sind wir zum Glück noch weit weg, aber das können wir so nicht lösen. Und was ich noch sagen möchte – und ich habe vor kurzem erst ein Mail bekommen von einer Mutter die sagt trotzdem, sie/wir sollen endlich etwas tun. Und das ist ja das Ungerechte, aber wo ist es schon gerecht in der Politik. Das ist wurscht, ob die jetzt zu wenig Personal haben und ob der Bund was machen sollte – oder wer auch immer. Wir in der Stadt, wir sind das letzte Glied in der Kette – tut etwas für meine Kinder, tut etwas für die Sicherheit und dann sagen wir, ja das ist die Rechtslage und das können wir und das.....aber das hilft meinem Buben nichts oder meinem Dirndl nichts. Das ist leider so und ich bin bei dir (GR Apfelthaler), natürlich. Die gesellschaftliche Entwicklung ist extrem schwierig. Nur müssen wir auch Zeichen setzen und – dafür bin ich auch und das tun wir aber auch – in aller Ehrlichkeit sagen, was können wir leisten als Steyrer Gemeinderat? Was kann der Bürgermeister leisten? Oder wer auch immer – und anschaffen – und was kann er nicht? Und damit müssen wir das Auslangen finden und dann auch die Kritik einstecken bei Leuten, die sagen, das ist mir aber zu wenig, tut's trotzdem was. Wir müssen im Rahmen der Gesetze das tun und können nicht umhin. Das ist eine Möglichkeit, ja, um einmal laut aufzuschreien und auch das klar zu dokumentieren, wir möchten das, wir fordern das, das steht der Stadt Steyr zu und auch unseren Sicherheitsorganen. Ja, was passieren wird, wird man sehen und die gesellschaftliche Entwicklung ja das ist ... die werden wir in diesem kleinen Mikrokosmos nicht stoppen und nicht verändern – leider Gottes. In diesem Sinn ersuche ich um Beschlussfassung dieser Resolution und dieser Forderungen.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Dringlichkeitsantrag gem. § 7 GOG – Resolution zur Verbesserung der Personalsituation des Steyrer Stadtpolizeikommandos

Die Mitglieder des Gemeinderates der Stadt Steyr fordern daher die verantwortlichen Stellen, insbesondere das Innenministerium sowie das Landespolizeikommando Oberösterreich, auf, dem Stadtpolizeikommando Steyr so rasch wie möglich zumindest die dem Dienstpostenplan entsprechenden Personaleinheiten zuzuweisen und als Sofortmaßnahme ein dauerhaftes Überstundenkontingent in dem Ausmaß zu bewilligen, das die zusätzlich notwendigen Polizei-Fußstreifen an den genannten neuralgischen Orten in den Nachtstunden von Freitag auf Samstag sowie Samstag auf Sonntag ermöglicht.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Wer für diesen Antrag ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Ist jemand gegen diesen Antrag? Übt jemand Stimmenthaltung? Das ist nicht der Fall. Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Die Abstimmung erfolgte per Handzeichen.
Der Antrag wurde **einstimmig** angenommen.

BÜRGERMEISTER GERALD HACKL:

Bedanke mich sehr für diese Einstimmigkeit, auch für diese wirklich – das ist auch keine Selbstverständlichkeit – für diese wirklich sachliche Diskussion zu so einem Thema, was ja in anderen Städten nicht nur nach Populismus schreit, sondern wo auch Populismus ausgeführt wird und so gehandelt wird. Das ist schon auch eine Qualität, die wir in Steyr haben. Da bin ich schon sehr froh, weil die Probleme rund herum – ohne diesen populistischen Streit –

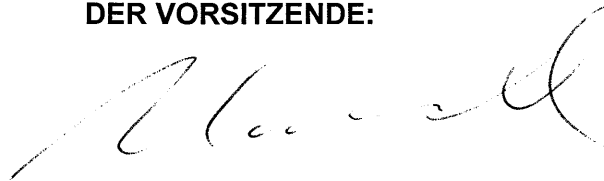
eh ohnehin groß genug sind. Bedanke mich – darf noch feststellen, dass wir Verhandlungsgegenstände im Wert von

€ 1.385.770,00

in Verhandlung gehabt haben. Bedanke mich. Wünsche einen schönen Nachmittag.

ENDE DER SITZUNG UM 16.23 UHR.

DER VORSITZENDE:



Bürgermeister Gerald Hackl

DIE PROTOKOLLFÜHRER:



Dr. Kurt Schmidl



Michaela Minixhofer

DIE PROTOKOLLPRÜFER:



GR Thomas Kaliba

GRⁱⁿ Eva-Maria Leitner

